

*
*
*
*
*
*
*

OSKAR WEGGEL

Sozialismus - oder was sonst?**Eine Vorausschau auf das Jahr 2000****(2. Teil)**

(Dies ist der dritte Abschnitt der "Prognose-Serie", die mit dem Mai-Heft 1985 begonnen hat.)

*
*
* * * * *

Gliederung:

- 3.
- Was China heutzutage ist: eine Übergangsgesellschaft
- 3.1.
- Übergang wohin?
- 3.2.
- Hineinwachsen in eine sozialistische Gesellschaft?
- 3.2.1.
- Basiskriterien für ein Hineinwachsen in den Sozialismus
- 3.2.1.1.
- Der "realsozialistische" Kriterienkatalog
- 3.2.1.2.
- Der "alternativ-sozialistische" Kriterienkatalog
- 3.2.2.
- Offizielle Argumente für den "sozialistischen" Charakter der chinesischen Gesellschaft
- 3.2.2.1.
- Argument Nr.1: Die Dominanz des sozialistischen Sektors
- 3.2.2.2.
- Argument Nr.2: "Marx war mit seinen Argumenten noch nicht weit genug - wir müssen über ihn hinausgehen"
- 3.2.2.3.
- Argument Nr.3: Der "Sozialismus" zeigt sich in seiner Überlegenheit bei der "allmählichen Verbesserung des Lebensstandards"
- 3.2.2.4.
- Argument Nr.4: Güterknappheit zwingt geradezu zu einer "sozialistischen Ethik"
- 3.2.2.5.
- Argument Nr.5: Der Sozialismus ist bereits unter Dach und Fach; es kann nur noch um sozialismusadäquate Wirtschaftsmethoden gehen
- 3.2.2.6.
- Argument Nr.6: Die Dynamik der Geschichte in Richtung Sozialismus ist unaufhaltsam
- 3.2.3.
- Warum der Sozialismus strukturell

- nicht in die chinesische Landschaft paßt
- 3.2.3.1.
 - "Danwei-Sozialismus" - eine unzu-trägliche Verkürzung
 - 3.2.3.1.1.
 - Der erste Fehlversuch: die Etatisierung
 - 3.2.3.1.2.
 - Der zweite Anlauf: die Volkskommunalisierung
 - 3.2.3.1.3.
 - Der dritte Anlauf: Danweisierung?
 - 3.2.3.1.4.
 - Die Ungeeignetheit der Danwei zum Klassenkampf
 - 3.2.3.2.
 - Chinesischer "Sozialismus" = Vergesellschaftlichung des Überbaus, nicht etwa der Basis
 - 3.2.3.2.1.
 - Der Primat des Subjektiven
 - 3.2.4.
 - Warum der Sozialismus nicht in den "Geist der Zeit" paßt
 - 3.2.4.1.
 - Das gewandelte Erlebnisbild der Entscheidungsträger: "Wegfall der Geschäftsgrundlage" für den Sozialismus?
 - 3.2.4.2.
 - Gewandelte Einstellung des Nachwuchses
 - 3.2.5.
 - Warum das klassische Sozialismuskonzept der Zurechtbiegung bedarf
 - 3.2.5.1.
 - Die Anpassung der sino-kommunistischen Revolution an das chinesische Geschichtsverständnis
 - 3.2.5.2.
 - Die Anpassung des Marxismus an die aktuellen Bedürfnisse Chinas: "synthetisierende" Denkweise und Katzenparabel
 - 4.
 - Der Metakonfuzianismus als Ergebnis der "Sinisierung" des Marxismus
 - 4.1.
 - Die Renaissance typisch traditioneller Denkstrukturen
 - 4.1.1.
 - ...im Vorfeld wissenschaftlicher Beratung
 - 4.1.2.
 - ...im ZK-Beschluß vom 20. Oktober 1984, der Magna Charta der Industriereform
 - 4.2.
 - Metakonfuzianische Werte
 - 4.3.
 - In welche Richtung sich die Reformen bewegen: Das Sun Yixian-Modell
 - 4.3.1.
 - Ähnlichkeiten volksrepublikanischer und taiwanesischer Denkmuster
 - 4.3.2.
 - Künftige Strukturen
 - 4.3.2.1.
 - Eigentumspluralismus: Privateigentum und antikapitalistische Tradition als - widersprüchliche - Zukunftsvorgaben
 - 4.3.2.2.
 - Marktwirtschaft mit partieller Preiskontrolle

- 4.3.2.3.
- Wirtschaftsplanung und Globalsteuerung
- 4.3.2.4.
- Tendenz zur Liberalisierung der Bank- und Zinspolitik
- 4.3.2.5.
- Devisenbewirtschaftung und Devisenkontrolle
- 4.3.2.6.
- Systematische Förderung ausländischer Investitionen
- 4.3.2.7.
- Ackerland im Privateigentum
- 4.3.2.8.
- Die politische Verfassung
- 4.3.2.9.
- Führungsorgane und Kader
- 4.3.2.10.
- Demokratie oder Demokratur?
- 4.3.2.11.
- Sozialpolitik
- 4.3.2.12.
- China als "pädagogische Provinz"

3.

Was China heutzutage ist: eine Übergangsgesellschaft

Nach den oben angelegten Partizipationskategorien kann die chinesische Gesellschaft auch Mitte der achtziger Jahre noch keineswegs als "sozialistisch" qualifiziert werden, es sei denn, man reduziert den Begriff, "realsozialistischen" Gewohnheiten gemäß, auf formale Kriterien wie "Gemeineigentum an Produktionsmitteln", "Leistungsprinzip" etc.

Andererseits hat China seine kapitalistischen Ansätze, die sich Ende des 19. und Anfang des 20. Jhdts. vor allem im Küstenbereich herausgebildet hatten, durch den sozialen Umbruch nach 1949 so weit zunichte gemacht, daß eine "Rückkehr des Kapitalismus" auf weitere Sicht wohl kaum zu erwarten ist, wenngleich in vielen Bereichen, vor allem in der Landwirtschaft, das formal begründete Gemeineigentum im Begriff ist, auf dem Umweg über das "Kontraktsystem" ausgehöhlt zu werden.

Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gilt - auch nach offizieller chinesischer Auffassung, als eine notwendige Entwicklungsetappe, die mit der Eroberung der politischen Macht durch die "Arbeiterklasse", also mit der Errichtung der "Diktatur des Proletariats", beginnt und mit dem Erreichen sozialistischer Produktionsverhältnisse endet. Charakteristisch für die Übergangsgesellschaft ist das Nebeneinanderbestehen mehrerer Eigentumsformen und der daraus resultierende Kampf zwischen dem "absterbenden Kapitalismus" und dem "aufstrebenden Kommunismus", wobei noch unter Mao Zedong betont wurde, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab den Haupt-

inhalt unserer Epoche bildet.

Kennzeichnend für die Übergangsgesellschaft ist weiterhin, daß es keinen allgemeinen Kapitalismus, keine allgemeine Warenproduktion, keinen durchgehenden "kapitalistischen" Wettbewerb, keine kapitalistische Akkumulation und mehrheitlich keine kapitalistischen Bewegungsgesetze mehr gibt.

Auf der anderen Seite läßt aber auch noch der Sozialismus auf sich warten, weil immer noch eine partielle Warenproduktion vorhanden ist, weil es noch keine allgemeine Gebrauchswertproduktion gibt, weil auch soziale Konflikte zwischen Bürokratie und Bevölkerung immer noch einmal hervorbrechen und weil der Staat - statt "abzusterben" - eher noch an Macht zunimmt.

Die chinesische Gesellschaft gleicht also den anderen "realsozialistischen" Gesellschaften darin, daß sie eine Zwittergestalt besitzt, und zwar einerseits nicht mehr kapitalistisch, aber andererseits auch noch lange nicht "sozialistisch" ist, sondern - eben - Übergangsqualitäten aufweist.

Nach offizieller Interpretation, wie sie von den Reformern in der "Resolution" des 6. Plenums des XI. ZK im Juni 1981 niedergelegt wurde, hat die Übergangsperiode allerdings nur die Jahre von 1952 bis zum VIII. Parteitag i. J. 1956 umfaßt und ist dann ins sozialistische Stadium eingetreten. Solche Qualifizierungen freilich sind willkürlich, weil sie sich nur an formalen Kriterien (juristisches Gemeineigentum an Produktionsmitteln) orientieren. Welche Willkür bei solchen Einordnungen oft im Spiel ist, bewies allein die Tatsache, daß einige besonders linientreue Maoisten sogar schon i. J. 1958 "die Fahne des Kommunismus hatten wehen" lassen, wie es später tadelnd hieß.

Ernest Mandel hat in seinen "Zehn Thesen zur sozialökonomischen Gesetzmäßigkeit der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus" (1) darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion, die sich ebenfalls im Übergangsstadium befinde, ein "bürokratisch deformierter Arbeiterstaat" sei, und damit einen Beitrag zur traditionsreichen trotzkistischen Kritik an der Sowjetgesellschaft geleistet. In Parallele zu dieser Definition könnte man die heutige chinesische Gesellschaft als "metakonfuzianisch deformierten Arbeiter- und Bauernstaat" oder - aus westlicher Sicht - besser als einen "metakonfuzianisch korrigierten" (formierten) Arbeiter- und Bauernstaat bezeichnen.

Vielleicht sollte man aber auch noch einen Schritt weiter gehen und von der VR China als einer Gesellschaft sprechen, die "sozialistisch" in der Form, aber metakonfuzianisch im Inhalt ist - bzw. zu werden verspricht.

Doch soll hier einer genaueren Untersuchung noch nicht vorgegriffen werden.

3.1. Übergang wohin?

Wohin geht die Reise? Abweichend von der offiziellen sowjetischen These, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab den Hauptinhalt unserer Epoche bildet, daß also der Sozialismus "gesetzmäßig" den Sieg davonträgt, sei hier postuliert, daß in der Übergangsgesellschaft lediglich eine solche MÖGLICHKEIT, nicht jedoch eine Automatik angelegt ist. Dies immer wieder festgestellt zu haben, ist ein Verdienst der kulturrevolutionären Ideologie, die der Autor hier nicht deshalb als Zeugnis heranzieht, weil sie ihm etwa sympathisch wäre, sondern weil sie (von ihrem Standpunkt aus richtig) "Befürchtungen" ausspricht, die angesichts der "Deformationen" in den "realsozialistischen" Staaten in der Tat nicht von der Hand zu weisen sind.

Was China anbelangt, so spricht vieles dafür, daß es künftig nicht den sozialistischen, sondern den "metakonfuzianischen" Weg geht. China ist ein riesiges Land mit erdrückenden Widersprüchen, die nur dann einigermaßen in den Griff zu bekommen sind, wenn man sie in Formen bewältigt, die für die Mehrheit der Bevölkerung akzeptabel und daher mit einem Minimum an Reibungen verbunden sind. Der maoistische Griff nach den Sternen und der Glaube, daß die "Vier Alten" (altes Denken, alte Gewohnheiten etc.) einfach dadurch hinweggefegt werden könnten, daß man an die "revolutionäre Spontaneität der Massen" appelliert, hat sich nach 1949 als verhängnisvolle Politik erwiesen, die gleich mehrere Male versucht wurde und die ebenso häufig scheiterte. Weitere Experimente in dieser Richtung wären zu kostspielig; haben doch die maoistischen Gesellschaftsexperimente, auf die Jahre zwischen 1956 und 1976 umgerechnet, einen BSP-Zuwachsverlust von jährlich ungefähr 2% verursacht - also einen enormen Preis gekostet, den sich China, dessen Bevölkerung seit 1949 um das Doppelte gewachsen ist, kein weiteres Mal mehr leisten kann. Was bleibt, ist ein Anpassungskurs, der darin besteht, daß die neue Politik vom Durchschnitsschinesen als relativ "normal" empfunden wird. Die Reformen

müssen sich m.a.W. - sollen sie auf Erfolgskurs bleiben - innerhalb des Rahmenwerks der "politischen Kultur" Chinas bewegen.

Vorerst aber gilt es zu untersuchen, ob China am Ende nicht doch noch auf den Sozialismus zusteuert.

3.2. Hineinwachsen in eine sozialistische Gesellschaft?

Nachdem die Zeiten vorbei sind, in denen die chinesische Führung versuchte, gleichsam mit der voluntaristischen Brechstange den Sozialismus herbeizuzwingen (man denke an die wiederholt gescheiterten maoistischen Versuche, eine "Revolution in Permanenz" einzuleiten), wird es künftig eher auf die Schaffung objektiver Bedingungen für ein Hineinwachsen in eine wirklich sozialistische Gesellschaftsordnung ankommen.

3.2.1. Basiskriterien für ein Hineinwachsen in den Sozialismus

Welche Basiskriterien für ein solches Hineinwachsen erfüllt sein müssen, ist in der Diskussion umstritten. Zu unterscheiden sind hauptsächlich die Kriterienkataloge, wie sie einerseits von den Vertretern "realsozialistischer" Systeme eingebracht werden, und andererseits diejenigen der Kritiker eben jenes "Realsozialismus".

3.2.1.1. Der "realsozialistische" Kriterienkatalog

Zu einer "sozialistischen" Gesellschaft gehören nach Auffassung dieser Schule in allererster Linie das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln, ferner die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Orientierung der Produktion an den "Bedürfnissen" der Bevölkerung, die Herausbildung eines "neuen" (altruistisch geprägten) Menschen, die Neudeutung der Arbeit nicht mehr als Lebensunterhalt, sondern als eigentliches Lebensbedürfnis, die planmäßige Leitung der gesellschaftlichen Prozesse durch Anpassung an die objektiven Gesetzmäßigkeiten, die Einebnung der Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen Kopf und Hand, die schrittweise Annäherung an das Ideal der sozialen Gleichheit, der proletarische Internationalismus und die Führung des gesamten Umgestaltungsprozesses durch eine KP.

Die "Partizipation", also das zentrale Kriterium eines herrschaftsfreien Systems, pflegt in solchen Aufzählungen allerdings zu fehlen. Ohne sie aber kann die Gesellschaft nicht Eigenstums-Subjekt werden und auch keine aktive Rolle spielen. Es genügt keinesfalls,

daß die Produktionsmittel im Interesse der Gesellschaft genutzt werden. Vielmehr muß die Gesellschaft darüber hinaus auch selber über sie verfügen können. Dieses Dispositionsrecht ist und bleibt das Hauptkriterium der Vergesellschaftung. Wenn der Parteiapparat behauptet, er verfüge - als Vorhut des Proletariats - sozusagen "mündelsicher" über die gesellschaftlichen Produktionsmittel, so verdrängt er die "Massen" aus ihrer Rolle als Subjekt der Geschichte - und entmündigt sie.

Was nun die VR China anbelangt, so zeigen sich dort seit 1978 Tendenzen, die das Kriterium des Gemeineigentums in mehrfacher Hinsicht in Frage stellen:

Auf der einen Seite denkt die Führung gar nicht daran, im Trans-Danwei-Bereich Partizipationsrechte zuzulassen - von einer wirklichen "Vergesellschaftung" der Produktionsmittel an Schlüsselindustrien kann also keine Rede sein.

Auf der anderen Seite wird ein Teil des Gemeineigentums von den Rändern her "angenagt", und zwar durch eine schnell steigende Zahl von Privatunternehmern, die bereits Ende 1985 auf die stattliche Zahl von elf Millionen angestiegen waren. Angesichts solcher Zahlen kann der offizielle Einwand, daß es sich hier nur um kleine Betriebe in "ergänzenden" Sektoren handle, nicht mehr so recht verfangen.

Kleinbetriebe sind seit jeher das Salz der chinesischen Wirtschaft gewesen und auch heutzutage dürfte nichts den Modernisierungsbemühungen dienlicher sein, als eine Renaissance des Kleinunternehmertums. Nur verteidige man diese Renaissance einer alten Tradition nicht mit "sozialistischen" Argumenten!

Wie die "Reprivatisierung" auf dem Dorf vor sich geht, soll anhand einiger weniger Beispiele verdeutlicht werden:

- Früher stand die Produktionsmannschaft im Mittelpunkt, heute ist es der Haushalt oder aber eine Gruppe von verbundenen Haushalten, die einem gemeinsamen Gewerbe - z.B. der Schweinezucht - nachgeht. Der Bauer sagt zwar nach wie vor "Ich gehe zur Produktionsbrigade", wenn er im brigadeeigenen Geschäft etwas kaufen will, psychologisch jedoch geht er wieder ins "Dorf".
- Früher wurden dem einzelnen Bauern "Arbeitspunkte" angerechnet und sein Lohn überwiegend in Naturalien ausbezahlt. Heute erwirtschaftet er sein Einkommen im Regelfall selbst und erhält beim Verkauf von Gütern meist Bargeld.

- Früher bestand an sämtlichen Produktionsmitteln Kollektiveigentum. Inzwischen dagegen sind Traktoren und andere Geräte an die einzelnen Haushalte entweder verpachtet oder aber verkauft worden.
- Früher gab es genaue Planvorgaben für Quantitäten und Qualitäten, Investitionsmittel und Mindestkosten etc.; heute beschließen die einzelnen Haushalte ihre Wirtschaftstätigkeit nach eigenem Gutdünken, wobei sie sich an die Vorgaben des Produktionsvertrags zu halten haben.
- Früher wehte der "Wind der Gleichmacherei" durch die chinesischen Dörfer, heute gibt es bereits wieder vereinzelte "10.000-Yuan-Bauern", die sogar noch offiziell belobigt werden.
- Was schließlich das Bodeneigentum anbelangt, so wird es durch die im Wege des "Verantwortungssystems" eingeräumte Verfügungsgewalt de facto weitgehend ausgehöhlt: Erhält nämlich ein Bauer, der eine Parzelle bis zu 15 Jahren anpachten kann, damit nicht bereits eine eigentümerähnliche Stellung!? Schließlich aber dürften die inzwischen so kräftig ins Kraut geschossenen Märkte und Kleinstädte, die sich als Kristallisationspunkte neuer wirtschaftlicher (!) Einzugsbereiche herausbilden und die das Resultat von Marktkräften und Privatunternehmertum sind, über kurz oder lang zu einer weiteren explosionsartigen Ausdehnung des Privateigentums an Produktionsmitteln führen.

Die Reformer ermutigen vor allem, wie erwähnt, den privaten "Reichtum" und haben erklärtermaßen nicht nur nichts gegen Privateigentum und die damit eng zusammenhängende Eigeninitiative einzuwenden, sondern fordern sie (ZK-Beschluß vom Oktober 1984!) geradezu heraus. Mit dem urmarxistischen Kriterium des Gemeineigentums an Produktionsmitteln nimmt man es also bereits dreieinhalb Jahrzehnte nach dem Sieg der Revolution nicht mehr so genau. Trotz solcher Entwicklungen sollte freilich kein Zweifel darüber herrschen, daß auf absehbare Zeit das Gemeineigentum an Produktionsmitteln die noch mit Abstand solideste Bastion im Rückzugsgefecht des chinesischen "Sozialismus" bleiben wird. Staatseigentum an Großeinrichtungen ist nichts Neues in der chinesischen Geschichte; geht doch das Tauziehen zwischen Privateigentum und staatlichem Monopol bis auf die Han-Dynastie zurück: Erinnert sei hier nochmals an die einschlägige "Salz-Eisen-Diskussion" aus dem Jahre 81 v.Chr.

- Was die "Ausbeutungs"-Frage anbelangt, so legt die reformerische

Führung hier eine lockere Haltung an den Tag. Schon ist es wieder gestattet, (neben den Familienangehörigen) bis zu zwanzig Arbeitskräfte in einem Privatbetriebe anzustellen, wobei als Rechtfertigung hinzugefügt wird, daß die dabei entstehende "kleine Ausbeutung" wenig zähle angesichts der damit einhergehenden gesellschaftlichen (Privatinitiative!) und materiellen Zugewinne. Auch gibt es inzwischen wieder zahlreiche als Aktiengesellschaften firmierende Kooperativen, deren Teilhaber Gewinn durch Investitionen und nicht durch eigener Hände Arbeit machen.

- Auch der "Neue Mensch" ist seit den Zeiten Maos auf der Prioritätenliste weit nach unten gerutscht. Heute wünscht man sich eher Personen, die neben dem als selbstverständlich unterstellten Leistungs-, Spar- und Kooperationswillen auch noch die Fähigkeiten zu modernem Management und zur Handhabung der Hochtechnologie mitbringen.
- Gleichheit war lediglich während der Mao-Zeit ein gesellschaftlicher Wert; inzwischen ist man nachgerade zum Gegenteil, nämlich zur alten hierarchischen Betrachtungsweise, zurückgekehrt und verweist in diesem Zusammenhang auf das Leistungsprinzip, das nun einmal natürliche Abstufungen mit sich bringe.
- "Proletarischer Internationalismus" war ebenfalls nur bis in die siebziger Jahre hinein gefragt; heute will man sich sämtlichen Staaten gegenüber, seien sie nun sozialistisch oder nicht, mit "friedlicher Koexistenz" begnügen. Das schwärmerische "Brüderliche" im Umgang mit anderen Völkern liegt den Chinesen ohnehin nicht so recht!

Damit bleiben von dem obigen Kriterienkatalog nur wenige Posten, die auch für das China der Modernisierung noch interessant sind:

- Da ist einmal die Orientierung an den materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Werktätigen, denen erst seit Beginn der Reformzeit wirklich ernsthaft Rechnung getragen wird, wobei es der Partei u.a. darum zu tun ist, den "Drei großen Glaubens-krisen" (gegenüber der Partei, den Mao-Zedong-Ideen und der Zukunft) mit materiellen Kompensationen zu begegnen.
- Festgehalten wird ferner an der Wirtschaftsplanung, die allerdings in Zukunft immer rahmenhafter werden soll, insofern nämlich, wie bereits öfters betont, die Leitpläne auf Kosten der Befehlspläne zunehmen sollen.
- Ein waches Auge hat die Führung

auch für die Wiederherstellung der "Proportionen" zwischen Regionen und Sektoren sowie zwischen Investition und Konsum. Hier mußten erst einmal schwere Fehlsteuerungen aus der Mao-Zeit wieder korrigiert werden.

- Schließlich halten die Reformer auch am Primat der KP-Führung fest. Damit gehorchen sie freilich nicht primär leninistischen Prinzipien, sondern vielmehr einer traditionellen Überlieferung, derzufolge die Führung in China bereits seit der Han-Dynastie in der Hand einer homogenen Elite lag, die sich inhaltlich durch gemeinsame Grundüberzeugungen und formal durch Staatsprüfungen rekrutiert hatte. Obwohl zwischen dem alten und dem neuen "Mandarinat" eine Reihe von Unterschieden besteht (Personalstärke, Wegfall der Staatsprüfungen, "Mao-Zedong-Ideen" statt Konfuzianismus, neue "Arbeitsstile" etc.), kann man doch sagen, daß die Partei - immer vor dem Hintergrund der Geschichte betrachtet - erfunden werden müßte, existierte sie nicht ohnehin bereits.

Betrachtet man die zuletzt genannten, von der heutigen Führung ernst genommenen "Sozialismus"-Kriterien, so kann man feststellen, daß die Motivation für ihre "Erfüllung" keine marxistische, sondern eine autochthon-geschichtliche ist!

3.2.1.2. Der "alternativ-sozialistische" Kriterienkatalog

Es gibt eine breite Palette von Modellvorstellungen, die allesamt von Kritikern des "Realsozialismus" entworfen worden sind und die darauf abzielen, alternative Vorstellungen zum heutigen "Realsozialismus" aufzustellen und Wegweiser zu einem echten Sozialismus zu sein. Als Beispiel seien hier genannt

- die Modelle von Oskar Lange und Włodzimierz Brus als Beitrag zur Funktionsverbesserung der sozialistischen Industrie;
- das Vaneksche Selbstverwaltungsmodell als Konzept einer Wirtschaftspolitik mit "humanem Anteil";
- das Horvatsche Selbstverwaltungsmodell;
- die Modelle von Ward und Domar als Ausdruck der Kritik am Selbstverwaltungsprinzip;
- das Modell des "Dritten Wegs" von Ota Sik;
- das integrale Modell von Selucky (2).

Wieweit die Palette der Sozialismus-Vorstellungen reichen, wurde schon Anfang der sechziger Jahre deutlich, als ein Autor nicht weniger als insgesamt 261 Sozialis-

mus-Definitionen ermittelte (3).

Im vorliegenden Zusammenhang ist es auch nicht annähernd möglich, all diese Sozialismus-Definitionen zu behandeln. Indes ziehen sich durch alle noch so verschiedenen Konzeptionen gewisse gemeinsame Grundvorstellungen, die in folgenden Stichwörtern zusammengefaßt werden können:

- Selbstverwaltung, d.h. Partizipation aller Gesellschaftsmitglieder an politischen und ökonomischen Entscheidungen;
- Absterben des Staates bei gleichzeitig zunehmender Bedeutung von rätendemokratischen Elementen;
- Absterben der Ware/Geldbeziehungen bei gleichzeitiger Zunahme der Zuteilung, der Bedürfnisbefriedigung und der bewußten Abschaffung gesellschaftlicher Privilegien;
- Entfaltung einer kontinuierlichen "Überbaurevolution" mit dem Ziel, anstelle von Ichbezogenheit und Konkurrenz den Geist des Altruismus, der freiwilligen Kooperation und der Solidarität zur zweiten Natur des Menschen zu machen. Dies wäre vor allem eine Aufgabe der Erziehung.
- Bedeutung wird nicht zuletzt auch dem Wachstum der Produktivkräfte zugemessen: Armut zu verteilen könne ja nicht Aufgabe einer sozialistischen Zukunftsvision sein!

Untersucht man die gegenwärtigen Entwicklungen in der VR China anhand dieser fünf Kriterien, so zeichnen sich auch hier kaum wirkliche sozialistische Perspektiven ab: Partizipation im Trans-Danwei-Bereich bleibt nach wie vor indiskutabel. Vom "Absterben des Staates" oder gar der Ware/Geldbeziehungen kann noch viel weniger die Rede sein - im Gegenteil erfährt die Warenproduktion neuerdings sogar eine offizielle Aufwertung.

Was den Überbaubereich anbelangt, so muß man der Führung zwar zugute halten, daß sie sich alle Mühe gibt, eine "sozialistische geistige Zivilisation" zu schaffen, daß diese "Zivilisation" aber, wie unten noch näher auszuführen, eher auf metakonfuzianische als auf sozialistische Traditionen hindeutet.

Im Hinblick auf das fünfte Kriterium freilich muß jeder den Reformern Beifall klatschen, der weiß, von welchem wirtschaftlichen Zustand sie i.J. 1978 ausgegangen sind.

Kein Geringerer als Deng Xiaoping betont bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß der Sozialismus sich nur unter den Bedingungen

eines weitverbreiteten "Wohlstands" verwirklichen lasse. Jahrelang sei man leider davon ausgegangen, daß Sozialismus Armut bedeute: "Je ärmer, desto sozialistischer" - diese Politik solle ein für allemal der Vergangenheit angehören (4).

"Hoher Lebensstandard" freilich bedeutet noch nicht automatisch Sozialismus, wenngleich er andererseits eine seiner Voraussetzungen wäre. Man sollte nicht vergessen, daß die oben genannten fünf Kriterien und die damit zusammenhängenden Prozesse nicht getrennt voneinander betrachtet und behandelt werden können.

Faßt man die obigen Überlegungen zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Ausgangsbedingungen für ein Hineinwachsen Chinas in den Sozialismus weder nach realsozialistischen noch nach "alternativen" Sozialismus-Kriterien vielversprechend sind.

Die Führung der Volksrepublik wird Mängel solcher Art freilich offiziell nie eingestehen - dies könnte sie sich schon im Hinblick auf die Reformgegner im eigenen Lager nicht leisten, geschweige denn im Hinblick auf das Ausland, dem nun schon seit Jahrzehnten die Verwirklichung des Sozialismus in China verkündigt wird. Außerdem ist es mit der verbalen Kultur Chinas durchaus verträglich, Postulate auch dann aufrechtzuerhalten, wenn ihr Substrat längst nicht mehr vorhanden ist.

3.2.2. Offizielle Argumente für den "sozialistischen" Charakter der chinesischen Gesellschaft

Während es also ein manifestes Eingeständnis ganz gewiß nicht geben wird, drücken sich die latenten Zweifel bereits in vielfältigen Ideologie-Diskussionen aus. Hier befindet sich die Führung m.a.W. bereits in einer Art Rückzugsgefecht.

Bezeichnend die Argumente, mit denen die Reformer ihren Kurs als "sozialistisch" verteidigen.

3.2.2.1. Argument Nr.1: Die Dominanz des sozialistischen Sektors

Hier wird die oben bereits erwähnte Behauptung ins Feld geführt, daß ja alles, was in China an Großbetrieben wirklich zähle, in Volks(Staats)-Eigentum stehe und daß sich daran auch in Zukunft nichts ändern werde.

Damit aber sei die reale Existenz des Sozialismus in China doch hinreichend bewiesen; denn das Gemeineigentum an Produktionsmitteln sei nun einmal das A und O aller

sozialistischen Entwicklungen.

Daß man sich der eigenen Argumentation allerdings nicht immer so sicher ist, wie es nach außen hin wünschbar erschiene, zeigten Meinungsverschiedenheiten bei einem ideologischen Forum i.J. 1981. Verschiedene Denkschulen stritten dabei um die Frage nach den Hauptkriterien des Sozialismus und kamen dabei zu folgenden durchaus verschiedenen Ergebnissen:

- Gemeineigentum an den Produktionsmitteln;
- Gemeineigentum an Produktionsmitteln plus Prinzip "Jedem nach seiner Leistung";
- Gemeineigentum an Produktionsmitteln plus Prinzip "Jedem nach seiner Leistung" plus "Werktätige als Herren des Staates";
- Gemeineigentum an Produktionsmitteln plus Prinzip "Jedem nach seiner Leistung" plus hochentwickelte soziale Produktivkräfte;
- Gemeineigentum an Produktionsmitteln plus Prinzip "Jedem nach seiner Leistung" plus Planwirtschaft;
- Gemeineigentum an Produktionsmitteln plus Prinzip "Jedem nach seiner Leistung" plus Abschaffung der Ausbeutung;
- Gemeineigentum an Produktionsmitteln plus Prinzip "Jedem nach seiner Leistung" plus "Warenproduktion";
- Gemeineigentum an Produktionsmitteln plus Prinzip "Jedem nach seiner Leistung" plus "Austauschwirtschaft zwischen den staatlichen und kollektiven Betrieben" (Näheres mit Nachweisen in C.a., Januar 1983, S.35).

Lediglich über das Gemeineigentum und das Leistungsprinzip ist man sich also einig, während ansonsten Divergenz vorherrscht; das Leistungsprinzip aber ist nicht unbedingt sozialistisch, sondern kann in jeder Gesellschaft gelten - und tut es vor allem in der bürgerlichen! Schließlich aber ist selbst der letzte Rückzugspunkt, nämlich das Gemeineigentum, keine so feste Burg mehr - es war oben davon bereits die Rede.

Von offizieller Seite werden als Merkmale des Sozialismus manchmal folgende Kriterien angeführt: Gemeineigentum, Leistungsprinzip, "Herrschaft des Volkes über den Staat", hochentwickelte geistige Zivilisation und Verbindung des Patriotismus mit dem Internationalismus" (5).

Bei der Frage, ob die "Modernisierung chinesischen Typs" sozialistisch sei, werden folgende sieben (affirmativen) Kriterien genannt: Autarkie; Landwirtschaft an erster Stelle; Simultanität aller Technologien (von der modernsten zur

traditionellsten); Schwergewicht auf der erweiterten Reproduktion (weniger Neubau und statt dessen Ausnutzung des vorhandenen Betriebspotentials); Gleichzeitigkeit mehrerer Wirtschaftsformen (Volks-, Kollektiv-, Privat- und Joint-Venture-Eigentum); Stärkung des Selbstentscheidungsrechts der lokalen Betriebe im Rahmen des Staatsplanes; Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation (6).

All diese Merkmale liegen bei den meisten kapitalistischen Staaten ebenfalls vor, wenn man einmal von der schwer einzugrenzenden "sozialistischen geistigen Zivilisation" absieht.

Ermutigt durch die einstweiligen Erfolge hat die reformerische Führung inzwischen weitere heiße Eisen angepackt und hierbei Wege gewiesen, die ebenfalls nicht gerade typisch für eine sozialistische Wirtschaft sind.

- Da ist einmal die Aufhebung der formellen Verfehlung der "Bourgeoisie". Ihren Mitgliedern stehen, wenn sie nur genügend Fachkenntnis und Engagement mitbringen, heute (fast) wieder alle Positionen in Staat und Gesellschaft offen - mit Ausnahme vielleicht gewisser höherer Parteiposten. Einer ihrer Spitzenrepräsentanten, der "rote Kapitalist" Rong Yiren, ist seit 1981 Vorsitzender der CITIC, die für die Einwerbung ausländischer Investitionen zuständig ist. Andere spielen in der Wissenschaft und in der Literatur eine führende Rolle (7).

- Inzwischen wird auch die Frage diskutiert, ob in China ein Tertiärsektor (di san ye) anerkannt werden soll. Die Negativrolle, die dieser Bereich in der ideologischen Diskussion drei Jahrzehnte lang spielte, hängt mit mehreren Ursachen zusammen, u.a. dem dörflichen Ursprung der chinesischen Revolution, der Tabuisierung des Tertiärsektors durch die klassische marxistische Lehre und, daneben, mit dem heiklen Intellektuellenproblem, nicht zuletzt aber auch mit der Methodik der Wirtschaftsplanung. Einige Ideologen wollen den Tertiärsektor ablehnen, andere befürworten ihn und wiederum andere möchten sogar einen "vierten Sektor" eingeführt sehen: Der dritte Sektor solle das Dienstleistungswesen, der vierte dagegen Wissenschaft, Kultur, Erziehung und Gesundheit umfassen (8).

- Des weiteren verstärkt sich der Kampf gegen "linke" Tendenzen, wobei als "linke Fehler" vor allem reformfeindliche Ansichten und Praxisansätze verurteilt werden -

man denke an die Forderung nach Klassenkampf, nach schneller Veränderung der Produktionsverhältnisse und leerer Phrasologie (9). Von westlichen Wirtschaftsfachleuten läßt man sich Hinweise darauf geben, wie den Marktelementen in China künftig mehr Wirksamkeit verschafft werden könne. Mao Zedong hatte vor dem "Markt" ("Wertgesetz") immer gewarnt: Es sei wie ein Tiger, von dessen Rücken man bei Gefährdung des eigenen Lebens nicht mehr herunterkommen könne. Wo also werden die hier einmal in Gang gesetzten Entwicklungen und Diskussionen je enden?

- Auch im Hinblick auf die Zukunftserwartungen zeigen sich immer mehr sozialismusfremde Erwägungen. Nicht mehr die Suche nach dem "Neuen Menschen", sondern die Verherrlichung von Wissenschaft und Technik und die Erreichung eines "angehenden Wohlstandes", der mit 800 US\$ pro Kopf im Jahre 2000 definiert wird, steht im Mittelpunkt der Erwartungen. Berühmt geworden ist ein umfangreicher Science-Fiction-Artikel in der Guangming Ribao vom 14. September 1978 mit der Überschrift "Religion, Vernunft und Praxis", in dem ein Zukunftsgemälde der Hauptstadt Beijing im Jahre 1994 entworfen ist: Der Autor landet in einem riesenhaften Schiff in einer Stadt mit Wolkenkratzern, Supermärkten, Rolltreppen und farbenfroh gekleideten Menschen. Die "Supermärkte" kommen dort ohne Verkäufer aus und auch die Vorgänge in den Büros werden von elektronischen Datenbanken gesteuert. Jede Person verfügt über zehn Quadratmeter Wohnraum, und außerdem gibt es eine ganze Stadt 60 m tief unter der Erde. Nicht mehr begeisterte Massen bestimmen, wie noch zur Zeit Maos, leuchtenden Auges die Zukunftsszenarie, sondern Konsumreiche und Computer.

Dies alles wird, wie gesagt, "sozialistisch" dargeboten: Seit dem Reformbeschluß vom Dezember 1978 werden die Reformer nicht müde, zu betonen, daß sie den Widerspruch zwischen Massenbedürfnissen einerseits und zurückgebliebener Leistungskraft der Volkswirtschaft andererseits als Hauptwiderspruch betrachten, in dem vor allem die meiste Dynamik aufgespeichert sei. Was den Klassenkampf anbelangt, so könne er nur in einer feudalistischen oder bürgerlichen, nicht dagegen in einer bereits sozialistisch gewordenen Gesellschaft als Haupttriebkraft gelten. Die materiellen Bedürfnisse seien es nach alledem, die die Menschen heutzutage am meisten anspornten. Der Hebel müsse demnach beim wirtschaftlichen Zuwachs angesetzt werden. Klassenkampf sei höchstens noch gegen einige Feinde, vor al-

tem gegen Wirtschaftsverbrecher angebracht - doch selbst hier beginnt das Wort "Klassenkampf" langsam zu verschwinden und dem Kampf gegen die ganz gewöhnliche "Kriminalität" Platz zu machen.

Ein klarer Trennungsstrich zwischen "noch sozialistisch" und "schon kapitalistisch" läßt sich hier nirgends mehr ziehen, nur noch mit Worten und wohlgesetzten Interpretationsversuchen werden Dämme gegen die "Flut" aufgerichtet, während die Entwicklungen selbst ihren weitgehend freien Lauf nehmen. Man vergesse nicht, daß die Grenzen fließend sind und leicht verschleiert werden können: durch gegenseitige Klientelbeziehungen zwischen Betriebsführungen und Bürokraten beispielsweise und durch zunehmende Autonomisierung der Betriebe, durch versteckte Beteiligungen privater Interessenten an Kapitalgesellschaften usw.

3.2.2.2.

Argument Nr.2: "Marx war mit seinen Argumenten noch nicht weit genug - wir müssen über ihn hinausgehen"

Viel Aufmerksamkeit erregte im Westen ein am 7. Dezember 1984 erschienener Kommentar der "Renmin Ribao", in dem die Auffassung vertreten wurde, daß mit den Werken von Marx und Lenin die heutigen Probleme Chinas nicht zu lösen seien. Schon am darauffolgenden Tag freilich schob die "Volkszeitung" - ebenfalls auf der ersten Seite - eine unauffällige Korrektur nach, derzufolge der "Kommentar" des Vortages folgendermaßen zu lesen sei: "Man darf von den Werken, die Marx und Lenin zu ihrer Zeit verfaßt haben, nicht verlangen, daß sie alle Probleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, lösen können" (10).

Daß es sich bei der ersten Fassung dieser Aussage um einen Flüchtigkeitsfehler gehandelt hat, kann angesichts der strengen Zensur, die gerade "Kommentare" und "Leitartikel" zu durchlaufen haben, unmöglich angenommen werden. Es muß also innerhalb der Partei zu einer Diskussion um die Formulierung des Kommentars vom 7. Dezember gekommen sein.

Peter Schier verweist in diesem Zusammenhang zu Recht darauf, daß es sich beim ersten Kommentar vermutlich um eine ideologische Spitze gegen die Traditionalisten innerhalb des ZK gehandelt habe und daß die Bemerkung als solche nicht neu sei, sondern in der "langen Tradition der Entdogmatisierung des Marxismus in China" stehe, die bereits mit der Inthronisierung der Bauern als Hauptkraft der Revolution in den dreißiger Jahren begonnen und in Kampagnen wie dem

Großen Sprung und der Kulturrevolution eine eigenwillige Fortsetzung erfahren habe.

Schon wenige Wochen später gab Yu Guangyuan, der Berater der Chinesischen Akademie der Gesellschaftswissenschaften, zu verstehen, daß es bei den gegenwärtigen Reformen nicht darum gehe, den Sozialismus zu verwirklichen (er bestehe in China ohnehin schon seit Jahren), sondern lediglich darum, angemessenere Wirtschaftsmechanismen herauszufinden. Dazu aber bedürfe es neuer Überlegungen und innovativer Experimente, da ja auf viele moderne Fragen in den marxistischen Klassikern keine Antworten gegeben worden seien - ja nicht gegeben hätten werden können! Marx und Engels hätten sich den Kopf zwar über Probleme der sozialistischen Revolution, nicht dagegen über detaillierte Wirtschaftsfragen im Sozialismus zerbrochen. In ihren Werken werde z.B. die Ausarbeitung von Wirtschaftsplänen kaum erwähnt. Man könne deshalb die klassischen Marxisten nicht einfach "nachplappern" (12).

Wirtschaftsformen wie das Kontraktsystem, Beifallskundgebungen für die Warenproduktion und partizipationsfeindliche Strukturen, wie sie in den heutigen realsozialistischen Staaten, u.a. in China, vorherrschen, konnte Marx in der Tat nicht voraussehen - er würde sich vermutlich auch im Grabe umdrehen, wenn er erführe, was aus seinen Forderungen nach herrschaftsfreien Sozialbeziehungen geworden ist.

3.2.2.3.

Argument Nr.3: Der "Sozialismus" zeigt sich in seiner Überlegenheit bei der "allmählichen Verbesserung des Lebensstandards"

Vor allem Deng Xiaoping weist immer wieder darauf hin, daß Armut nichts mit Sozialismus zu tun habe und daß die Überlegenheit des Sozialismus sich in einem ansehnlichen Lebensstandard zeige - und zeigen müsse. Der Entwicklung der Produktivkräfte sei deshalb höchste Bedeutung zuzumessen. Ganz gewiß sei der Kapitalismus äußerst leistungsfähig; ginge freilich China den kapitalistischen anstelle des sozialistischen Weges, so würde lediglich ein kleiner Teil der Bevölkerung wohlhabend werden, während die überwältigende Mehrheit in Armut verharre. Das "800-Dollar"-Ziel (bis zum Jahr 2000) sei nur mit Hilfe des Sozialismus realisierbar (13).

In einem anderen Interview beschreibt Deng, was Sozialismus nicht sei, nämlich nicht Armut und nicht die Beibehaltung einer Politik, bei der die Produktivkräfte

unterentwickelt und der Lebensstandard des Volkes unzureichend bleibe. Sozialismus bedeute auch nicht Isolation gegenüber dem Ausland. Sozialismus bedeute schließlich auch nicht "Polarisierung", wie sie zwischen 1957 und 1978 im Gefolge "linken Gedankenguts" angestrebt worden sei. Sozialismus ziele vielmehr auf eine Öffnung nach innen und außen, auf Herstellung gemeinsamen Wohlstands in Form einer Vervierfachung des Bruttoproduktionswerts bis 2000. Hierbei "stützen wir uns nicht auf Gott, sondern auf unsere eigene Kraft und auf die Erfahrungen aus der Vergangenheit" (14).

Manchmal bezeichnet Deng als Ziel des Sozialismus den gemeinsamen Wohlstand des ganzen Volkes ohne soziale Polarisierung. "Wenn unsere Politik jedoch zu einer Polarisierung führt, dann sind wir gescheitert; wenn sie gar eine neue Bourgeoisie hervorbringt, dann haben wir wirklich den falschen Weg eingeschlagen", fügte Deng warnend hinzu (15).

Soweit es freilich nur um Zuwachs geht, wären "kapitalistische" Methoden gewiß besser, wie die Praxis zeigt. Es ist davon auszugehen, daß der chinesischen Führung die Leistungsvergleiche z.B. zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nicht unbekannt sind!

Außerdem aber kann doch die Verbesserung des Lebensstandards nicht Hauptanliegen des "Sozialismus" sein. Wozu dann noch die so häufig beschworene Revolution!?

3.2.2.4.

Argument Nr.4: Güterknappheit zwingt geradezu zu einer "sozialistischen Ethik"

Würde das chinesische Volk versuchen, in seinen Konsumgewohnheiten die westliche Lebensart nachzuahmen, so käme es zu einer Katastrophe; jeder zweite amerikanische Haushalt besitze ein Auto und jeder Amerikaner verbrauche heutzutage jährlich Brennstoff und Energie im Umfang von 15 t Kohle. Wollten die eine Milliarde Chinesen diesem Beispiel folgen, so wären astronomische Mengen von Stahl und Kohle erforderlich; gleichzeitig würde die Umwelt zerstört.

Geboten seien also Selbstbeschränkung, Disziplin und Opferbereitschaft. Das Leben sei nicht nur eine materielle, sondern auch eine geistige Angelegenheit. Das chinesische Volk müsse sich also nicht nur um ein besseres materielles Leben, sondern vor allem um eine "sozialistische geistige Zivilisation" bemühen, deren generelles Ziel darin bestehe, nicht nur für sich selbst zu leben, sondern al-

truistisch eingestellt zu sein (Näheres mit Nachweisen C.a., Januar 1983, S.29).

Der "Sozialismus" erscheint angesichts solcher Determinanten geradezu als Einbahnstraße!

Das Hauptmerkmal des Sozialismus freilich, das in diesem Zusammenhang eigentlich besonders zu erwarten wäre, nämlich die universelle "Mitbestimmung" des Volkes bleibt erneut unerwähnt!

3.2.2.5.

Argument Nr.5: Der Sozialismus ist bereits unter Dach und Fach; es kann nur noch um Sozialismus-

adäquate Wirtschaftsmethoden gehen Yu Guangyuan, Berater der Chinesischen Akademie der Gesellschaftswissenschaften, formuliert diesen "Besitz"-Tatbestand folgendermaßen: "Die gegenwärtige Reform in China ist eine Reform in der Periode des sozialistischen Aufbaus, sie ist aber nicht die sozialistische Revolution. Sie zielt lediglich auf die Reform des Wirtschaftssystems ab, nicht auf die Umstrukturierung der Gesellschaftsordnung." China sei ja bereits ein sozialistisches Land, für das die Formel gelte: "Sozialismus = Gemeineigentum an den Produktionsmitteln + das Prinzip 'Jedem nach seiner Leistung' + sozialistische Warenproduktion". Es könne bei den gegenwärtigen Reformen also nicht darum gehen, den Sozialismus herzustellen (er sei ja bereits unter Dach und Fach), sondern lediglich darum, Sozialismus-adäquatere Wirtschaftsmechanismen herauszufinden (16).

Auch hier kein Wort von Mitbestimmungsrechten der Basis. Es kann hierzu auf das oben (unter "Argument Nr.1") Ausgeführte verwiesen werden.

3.2.2.6.

Argument Nr.6: Die Dynamik der Geschichte in Richtung Sozialismus ist unaufhaltsam

Die bisherige Geschichte des Sozialismus zerfällt nach Meinung Tong Dalins, des Leiters der Chinesischen Forschungsgesellschaft für die Reform des Wirtschaftssystems, in drei Etappen a siebzig Jahre:

- Die erste beginnt mit der Veröffentlichung des "Manifests" i.J. 1848 und dauert bis zur russischen Oktoberrevolution von 1917 - es handelt sich hier gleichsam um eine Epoche der Vorbereitung auf die proletarische Weltrevolution.
- Die zweite Phase umspannt den Zeitraum von der Oktoberrevolution bis zum Ende der siebziger Jahre, die im Zeichen wechselhafter Entwicklungen steht: Auf der einen Seite setzte sich der

Sozialismus in zahlreichen neuen Staaten durch, doch andererseits erstarrten die sozialistischen Wirtschaftssysteme und erlitten dadurch Rückschläge.

- Die dritte Phase hebt nach Tong Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre an - und zwar mit der Reform des Wirtschaftssystems in China, die vor allem durch zwei Schlüsseldaten gekennzeichnet ist, nämlich das 3.Plenum des XI.ZK (1978) sowie das 3.Plenum des XII.ZK (1984) - es ist die Etappe der strukturellen Reformen des Wirtschaftssystems in China, dessen Beispiel in nächster Zeit noch weitere Länder folgen dürften.

In den nächsten siebzig Jahren werde China folgende Strategie einschlagen:

- Anhebung des Nationaleinkommens pro Kopf auf 800 US\$ i.J. 2000, womit jedem Chinesen ein bescheidener Wohlstand garantiert sei;
- Einholung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der fortgeschrittenen Länder bis zum Jahre 2050 (zweiter Teil des sog. "Zwei-Phasen-Plans";
- Beibehaltung der Öffnungspolitik (17).

Die Bilanz der chinesischen Erfolge ist sicherlich beeindruckend; führt der Weg aber deshalb schon in die "sozialistische" Zukunft? Die von Tong angeführten Argumente jedenfalls legen eine solche Schlußfolgerung nicht nahe!

3.2.3.

Warum der Sozialismus strukturell nicht in die chinesische Landschaft paßt

Es wurde oben (3.2.1.) ausgeführt, daß die VR China weder nach dem "real"-noch nach dem "alternativ-sozialistischen" Kriterienkatalog ein sozialistisches Gemeinwesen zu werden verspricht. Sie könnte ein solches überhaupt nur dann werden, wenn die "Sozialismus"-Definition erstens auf den Bereich der Danwei reduziert und zweitens die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch eine Art "Vergesellschaftung des Überbaus" ersetzt würde.

Dies aber käme, wie wohl nicht näher begründet werden muß, einer Pervertierung des "Sozialismus"-Begriffs gleich.

Im einzelnen:

3.2.3.1.

"Danwei-Sozialismus" - eine unzuträgliche Verkürzung

Dreißig Jahre lang hat die chinesische Führung, wie sie heute selbst einräumt, auf der Suche nach dem richtigen Sozialismus den falschen Pfad eingeschlagen.

3.2.3.1.1.

Der erste Fehlversuch, die Etatisierung

Zuerst versuchte sie es, und zwar in Nachahmung des Sowjetmodells, mit etatistischen Vorstellungen. Ganz im Sinne des in der UdSSR wie in den meisten osteuropäischen Staaten gepflegten Modells ging die Führung damals davon aus, daß mit der Verstaatlichung oder Kollektivierung von Produktionseigentum bereits die entscheidenden Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen seien. Die Vergesellschaftung wurde damals also m.a.W. auf die Transformation der Produktionsmittel in öffentliches Eigentum, auf extreme Zentralisierung des Funktionssystems und auf eine staatliche Einengung des Genossenschaftswesens reduziert. Dies war eine höchst statische Konzeption, die zu negativen Rückkoppelungen auf das politische System führte; Folge der Verstaatlichung und Überzentralisierung war nämlich die Entstehung einer quantitativ und qualitativ überdimensionierten Bürokratie, ja einer neuen Nomenklatura-Klasse, die ihre Interessen mit wirtschaftlichen und polizeilichen Mitteln nach unten hin absicherte und sich gleichzeitig mit Hilfe des von ihr monopolisierten propagandistischen Apparats als authentische Vertreterin der Masseninteressen darstellen ließ. Es war vor allem Mao Zedong, der gegen diese "Revisionisten" mehrere Kampagnen vom Zaune brach, wobei er allerdings die Proportionen aus den Augen verlor und weit über das eigentliche Ziel, nämlich die Beseitigung dieser neuen Klasse, hinausschoß (18).

Sozialistisch ist letztlich nur eine solche Gesellschaft, in der eine umfassende Partizipation der "Massen" - also breite "Demokratisierung" - herrscht. In einem etatistisch gelenkten Staatswesen konnte von einer solchen Partizipation keine Rede sein.

Der zweite Anlauf:

die Volkskommunalisierung

zu einer authentischen chinesischen Sozialisierung, der i.J. 1958 im Zeichen der "Drei Roten Banner" begann, führte auf Abwege. An die Stelle der Etatisierung trat nun die "Volkskommunalisierung". Es entstanden Volkskommunen, die zwischen 10.000 und 20.000 Menschen umfaßten, also

viel zu groß waren, um jenen partizipativen Strukturen gerecht zu werden, wie sie gegenwärtig in der chinesischen Gesellschaft nun einmal angelegt sind. Auch hier konnte sich also kein echter Sozialismus entfalten.

3.2.3.1.3.

Der dritte Anlauf: Danweisierung?

Es waren schließlich die Reformer, die mit der alten Erkenntnis Ernst machten, daß "diejenigen Produktionsverhältnisse die besten seien, die der Entwicklung der Produktivkräfte entsprechen" (19). Damit aber war klar, daß Eigentumsverhältnisse herzustellen waren, die jener Struktur am nächsten kämen, die nun einmal aufgrund der geschichtlichen Entwicklung in China als eigentliches Gefäß vorgegeben sind, nämlich die Danweis.

Danweis (wörtlich: "Grundeinheiten") sind die einzigen (außerfamiliären) Institutionen, in denen Basisdemokratie und Mitbestimmung wirklich funktionieren. Ihre Besonderheit besteht darin, daß sie in aller Regel Produktions- und Konsumtionsbereich in einem ist. Am vollkommensten findet sich diese Deckungsgleichheit auf den Dörfern ausgeprägt, die früher eine Zusammenfassung mehrerer bäuerlicher Einzelbetriebe waren, heute aber als genossenschaftlicher Verband organisiert sind. In den Städten brechen beide Bereiche zwar manchmal auseinander, insofern der einzelne dort nicht immer am gleichen Ort arbeitet, wo er lebt, doch gehen auch in den Stadtgemeinden die Bemühungen dahin, solche Trennungsfälle auf ein Minimum einzuschränken, d.h., Arbeits- und Lebensbereiche etwa ähnlich miteinander zu verzahnen, wie dies in der Bundesrepublik bei einigen Großbetrieben (man denke etwa an die Siemens-Tradition) der Fall ist. Selbst die größte Stadt der Welt, Shanghai, ist keine Stätte anonymen Wohnens, sondern ein nach "Nachbarschaften" durchparzelliertes und mit Nachbarschaftsfabriken bestücktes organisches Zellengebilde, in dessen Untereinheiten jeder jeden kennt. Die Danwei weist nicht nur die Arbeit zu, verteilt die Löhne, Prämien und Arbeitspunkte, sondern mischt sich teilweise formell (über ihre gewählten Organe), teilweise informell (d.h. durch bloßen sozialen Druck der "lieben Nachbarn") in allgemeine und privateste Belange ein. Die Danwei fühlt sich nicht nur für Produktion, Verteilung, Privatleben, Justiz (im Sinne des guten Zuredens und der Schlichtung), für Sicherheitsfragen und für die Berufslaufbahn ihrer Mitglieder zuständig, sondern besorgt auch die Daseinsvorsorge, indem sie den Bau

von Wasser- und Abwasserleitungen innerhalb der Nachbarschaft betreibt, Sanitätsstationen organisiert, "Kulturstellen" einrichtet und sich nicht zuletzt auch um Verkaufsläden sowie um die nötigen Handwerksdienste kümmert.

Danweis sind Einheiten, in deren Angelegenheiten sich die Obrigkeit ratsamerweise nur dort einmischt, wo es unvermeidbar ist. Im allgemeinen beschränkt sich der Zuständigkeitsbereich der Bürokratie auf den Trans-Danwei-Bereich.

Die zwischen beiden Bereichen verlaufende Grenze ist eine soziale Gegebenheit, die in den formalen Gesetzen, Verfassungen und Satzungen zwar selten erscheint, die aber trotzdem mit zu den Fundamenten der chinesischen Gesellschaftsstruktur gehört. Wer sie mißachtet, ist zum Scheitern verurteilt.

Sozialisierung müßte also, wenn sie diesen Namen verdienen will, letztlich auf eine "Danweisierung" der Produktionsmittel hinauslaufen - ein Ziel, das heutzutage in erster Linie durch "Entstaatlichung" und erst in zweiter Linie durch Verhinderung einer allzu kräftigen (Re-)Privatisierung der Produktionsmittel anzustreben wäre.

In der Tat zeichnet sich eine solche Tendenz schon heute deutlich ab.

Wie stark der Drang zur Dezentralisierung und "Danweisierung" ist, zeigt am deutlichsten der bisherige Verlauf der Reformen im Landwirtschaftsbereich. Obwohl das "vertragsgebundene Verantwortungssystem" dort erst seit fünf Jahren im Gang ist, hat es doch das seit Mitte der fünfziger Jahre entstandene Kollektivierungsgefüge erheblich verändert.

Dies wird besonders deutlich, wenn man die Lage mit Hilfe eines Kategoriensystems durchröntgt, das von drei Landwirtschaftsmodellen ausgeht (20), von denen zwei als Extreme, eines als Brücke zwischen beiden gedacht sind.

- Da ist zunächst das Einheitsmodell, das von der zentralen Bedeutung des Kollektivs (Volkskommune, Produktionsbrigade, Produktionsmannschaft) ausgeht. Das Kollektiv behält volles Eigentum am Boden und den Produktionsmitteln, leitet als solches auch die Landwirtschaft und ihre Nebensektoren und verrechnet einheitlich. Die Produktion wird einheitlich geplant und organisiert, und auch bei der Verteilung sowie Akkumulation herrscht einheitliches Vorgehen; vor allem werden gemeinsame Fabri-

ken angelegt, gemeinsame Schulen unterhalten und gemeinsame Wohlfahrtsprojekte durchgeführt ("Kollektivmodell").

- Beim "Haushaltsmodell", das am entgegengesetzten Ende der Skala steht, verbleiben dem Kollektiv (in der Regel der Produktionsmannschaft) eigentlich nur noch zwei Funktionen, nämlich die Bodeneigentümerschaft und der Abschluß von Pachtverträgen. Da inzwischen Grundstücke freilich bereits auf 15 Jahre verpachtet werden können, wird auch das Bodeneigentum am Ende zum bloßen Formaleigentum. Die einzelnen Haushalte übernehmen sowohl die Produktion als auch die "Verteilung" - d.h. es gibt am Ende überhaupt keine kollektivtypische "Distribution" (mit Ausnahme der vereinbarten Ablieferung und der Steuerzahlung) mehr. "Alles" geht m.a.W. "an die Haushalte" (so die offizielle Parole). Auch gemeinsame Investitionen in Maschinenparks, Naturkatastrophenfonds, Schulen oder Sozialeinrichtungen finden nur noch am Rande statt. Für "Dorfkader" verbleibt kaum noch ein Betätigungsfeld. Die Wirtschaftsbeziehungen des Dorfes reduzieren sich m.a.W. weitgehend auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen unabhängigen Haushalten. "Sozialismus" findet hier nur noch sehr von fern statt, nämlich über die zentralen Produktions- und Ablieferungspläne, an die der Einzelhaushalt via Ablieferungspflichten - m.a.W. also höchst marginal - gebunden ist.

- Das "Zwischenmodell" ist auf halber Strecke zwischen Kollektiv- und Haushaltsmodell angesiedelt. Die Arbeitsteilung zwischen Kollektivverwaltung und Einzelhaushalt findet hier in der Weise statt, daß die erstere verbindliche Rahmen für gewisse Grundformen der Produktion (Getreidearten, Anteile der Subsidiär- und Industrieerträge, Anteile der Fischerei, der Viehzucht und des landwirtschaftlichen Industriesektors) setzt, Infrastrukturarbeiten durchführen läßt und auch bei der Akkumulation (Anschaffung von Maschinen, Düngemitteln und Insektiziden, Aufbau von Erziehungs- und Sozialeinrichtungen etc.) die Zügel in der Hand behält, während andererseits die Haushalte in den Details selbständig bleiben und vor allem die laufenden Angelegenheiten in Eigenregie erledigen. Solche Kollektive sind strukturell offen, insofern sie sich am Ende zur Integration oder aber eher zu noch weiterer Dezentralisierung hin entwickeln können.

Subsumiert man nun die in China z.T. bereits bestehenden, z.T. sich entelechial abzeichnenden Verhältnisse unter dieses Dreier-

schema, so kommt man zu dem Ergebnis, daß bereits Ende 1984 nur noch ein Fünftel der ländlichen Einheiten (Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsmannschaften) tendenziell dem "Kollektivmodell" zuzurechnen waren, während bei den übrigen 80% "Unabhängigkeit" vorherrschte, und zwar entweder in Form des Haushalts- oder aber des Zwischenmodells (21).

Das "Zwischenmodell" kommt der "Danweisierung" am nächsten; kein Wunder also, daß die Volkskommunen, die den Danwei-Rahmen bei weitem überschreiten, von Anfang an von der bäuerlichen Bevölkerung nicht akzeptiert und schließlich z.T. wieder demontiert wurden. Was andererseits die Produktionsmannschaften anbelangt, so werden sie überall dort ihre koordinative und kooperative Funktion beibehalten, wo sie mit dem natürlichen Dorf zusammenfallen, wo also PM und Danwei zur Deckung kommen.

"In den Volksmassen steckt ein gewaltiger Drang zur Dezentralisierung" - und "Danweisierung" könnte man in Abwandlung eines bekannten Mao-Wortes sagen, der von einem "gewaltigen Drang zum Sozialismus" gesprochen hatte. Vielleicht werden die Reformer über kurz oder lang eine weitere sprichwörtliche Erfahrung machen müssen, nämlich daß sie "die Geister, die sie gerufen haben, nicht mehr los werden".

Wird die Danwei im Zuge des Modernisierungs- und Industrialisierungsprozesses an Eigenständigkeit verlieren und schließlich der Vergangenheit angehören? Gleichsam als *advocatio diaboli* sei hier die Antwort gegeben, daß die Danwei möglicherweise in ihrem Eigenleben noch zunehmen wird: China mit seiner Milliarde Menschen ist eben nicht irgendein Staat, sondern vielmehr eine Gesellschaft, deren schiere Quantitäten auch neue Qualitäten hervorbringen. Vor allem kann sich dieser Staat keine Freizügigkeit leisten - man stelle sich nur einen Augenblick lang vor, daß ein Zehntel der Bevölkerung an "Neujahr" einen Ausflug im Privatauto veranstaltete. Die Folge wäre nicht nur ein Zusammenbruch der gesamten Infrastruktur, sondern auch eine ökologische Katastrophe - von dem Benzinengpaß der nächsten Monate ganz zu schweigen! China ist, wie schon dieses Beispiel zeigt, auch in Zukunft darauf angewiesen, der *stabilitas loci* obersten Stellenwert einzuräumen. Es ist unter diesen Umständen auch ganz gewiß kein Zufall, daß die bisherigen chinesischen Verfassungen zwar durchwegs alle auch in westlichen Konstitutionen üblichen Grundrechte auf-

führen, daß sie aber das Recht zur Freizügigkeit stets unterschlagen haben. Es ist am Ende die Danwei, die diesem Grundpostulat am besten Rechnung trägt. Reisefreiheit wird es in Zukunft nur für einige Funktionäre oder Fachleute geben; im übrigen aber herrscht das Prinzip der Ortsfestigkeit - garantiert u.a. durch die Danwei. Mit dieser Grundeinheit aber bleibt zugleich auch jene übersichtliche Zellenstruktur erhalten, innerhalb derer echte Demokratie und damit auch wirklich partizipativer Sozialismus möglich ist!

Ein Danwei-Sozialismus wäre also in China durchaus machbar. Von einem wirklich sozialistischen Staatswesen könnte man aber erst dann sprechen, wenn auch im Trans-Danwei-Bereich partizipatorische Verhältnisse hergestellt wären. Ein Trans-Danwei-Sozialismus aber paßt in die politkulturelle Landschaft Chinas wie die Faust aufs Auge und hat deshalb mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Verwirklichungschancen.

3.2.3.1.4.

Die Ungeeignetheit der Danwei zum Klassenkampf

Das Leben in der Danwei verläuft personbezogen. Nichts liegt ferner als Anonymität, Entfremdung und Klassenkampf.

- Keine Anonymität: Jeder kennt jeden und bezieht zu ihm Stellung, ob nun im positiven oder negativen Sinn. Das "Wir" ist bestimmend.
- Keine Entfremdung: Das Danwei-Mitglied ist der konkrete Mensch, nicht eine Nummer und schon gar kein Tauschwertobjekt. Man gehört zur großen Familie. Nur im Trans-Danwei-Bereich können Entfremdungsbeziehungen auftreten, die aber durch die Grundeinheit wiederum weitgehend abgeschirmt werden.
- Kein Klassenkampf: In der Grundeinheit herrscht Danwei-Solidarität, nicht Klassen-Solidarität, herrscht Konsens- und Harmonie-"Zwang", nicht Konflikt und Kampf.

3.2.3.2.

Chinesischer "Sozialismus" = Vergesellschaftlichung des Überbaus, nicht etwa der Basis

3.2.3.2.1.

Der Primat des Subjektiven

Während der klassische Marxismus von der Prämisse eines "dialektischen Determinismus" ausgeht, also der Annahme, daß alle Erscheinungen der objektiven Realität durch objektive Gesetze bestimmt werden, zieht sich durch das Denken, vor allem aber durch die Praxis des Sinokommunismus eine markante subjektive Komponente, die so ausge-

prägt ist, daß man von einem "Primat des Bewußtseins" sprechen kann. Nicht die Materie (objektive Realität) ist es also, die nach der Überzeugung des Durchschnittschinesen das Bewußtsein prägt; vielmehr ist gerade das Umgekehrte der Fall, auch wenn in offiziellen Verlautbarungen stets versucht wird, Formulierungen zu wählen, die dem Sinokommunismus den orthodoxen Anstrich des marxistischen "Materialismus" geben.

Man könnte hier selbstverständlich Differenzierungen und Unterdifferenzierungen vornehmen, ohne je an ein Ende zu kommen; im großen und ganzen aber muß der "Sinokommunismus" aus der klassischen marxistischen Perspektive als eine Spielform des "subjektiven Idealismus" erscheinen, der sich dadurch kennzeichnet, daß er die Existenz einer vom menschlichen Bewußtsein unabhängigen, objektiven Realität leugnet. (Objektiver Idealismus wäre demgegenüber eine Richtung, die die Objektivität als solche zwar anerkennt, sie aber als Schöpfung einer selbständigen, neben der Materie existierenden Wesenheit (Gott, absolute Idee, Reich der Ideen) etc. definiert.)

Dieser Grundzug geht, wie nicht schwer zu erraten, auf eine zweitausendjährige chinesische Denk- und Erziehungs tradition zurück, die sich nicht einfach durch die kurzfristige Rezeption eines westlichen Gedankengebäudes verdrängen ließ, sondern durch alle möglichen Seitentore immer wieder Eingang in das chinesische Denken und in die tägliche Politik findet.

Die Priorität subjektiver Komponenten, also des Bewußtseins und des Willens sowie des Glaubens an die Erziehbarkeit des Menschen läßt sich in besonders prägnanter Ausbildung bereits im Denken und im politischen Werk Mao Zedongs nachweisen.

Dies zeigte sich vor allem bei Maos Einstellung gegenüber der marxistischen Basis-Überbau-Lehre. Auch Mao bekannte sich zwar formell zu diesem klassischen Schema, gestand aber dem Überbau einen ungleich vitaleren und auch autonomen Stellenwert zu, als dies etwa bei den sowjetischen Parteiphilosophen der Fall war. Beinahe sprichwörtlich wurde im Laufe der Zeit der maoistische Voluntarismus - eine Geisteshaltung, die die Ungeduld operationalisierte und die Menschen aus ihrer "Versklavung" gegenüber der objektiven Wirklichkeit befreien wollte (22). Dieser Glaube an die Fähigkeit der organisierten "Massen", mit jedem Feind fertigzuwerden, kannte überhaupt nur ein Hindernis: nämlich die Willensschwäche, die Unent-

schlossenheit, die Lethargie. Für diesen "voluntaristischen Illuminismus" (23) wird das Objektive letzten Endes zum Werk des Subjektiven. Kein Wunder, daß in den philosophischen Monographien Maos der Hinweis auf die aktive Rolle des Überbaus immer wieder auftaucht.

Subjektive Komponenten spielen auch im maoistischen Klassenbegriff eine überragende Rolle. Zu Beginn seiner revolutionären Karriere war Mao zwar noch von objektiven Kriterien ausgegangen (24), doch waren die Unterscheidungsmerkmale dann im Laufe der Zeit zunehmend subjektiviert worden. Als Chinese hatte sich Mao nie mit der marxistischen Maxime abfinden können, daß der Klassencharakter allein vom Verhältnis des Menschen zu den Produktionsmitteln abhängt. Im alten China war das Chinesentum z.B. eher ein Geisteszustand als ein Abstammungstatbestand! Ein Fremder, der, wie etwa Matteo Ricci, die chinesischen Lebensformen angenommen hatte, galt als Chinese; umgekehrt wurde ein gebürtiger Chinese, der sich nicht an die gesellschaftlichen Normen hielt, als "Barbar" abqualifiziert.

Auch die meisten führenden chinesischen Kommunisten waren nicht Abstammungs-, sondern "Gesinnungsproletarier". Entscheidend für sie war das Fanshen (wörtlich: das "Umdrehen des Körpers"), besser der "Umbau des Denkens". Erziehung/Umerziehung, Kritik und Selbstkritik, "Ausrichtung"-Kampagnen, kulturevolutionäre Bewegungen, Studium der "Mao-Zedong-Ideen" und innere Kontrolle (statt des Aufbaus formeller Kontrollagenturen) waren Schlüsselemente der maoistischen Gesellschaftsstrategie. Anders als Stalin pflegte Mao darüber hinaus seine Gegner nicht physisch, sondern "psychisch" zu liquidieren, indem er ihnen "Gehirnwäsche" verordnete. Der Führer der chinesischen Revolution stand insofern direkt in der konfuzianischen Erziehungs-tradition.

Wie sehr die Maoisten den "Verhaltens-Proletarier" in den Vordergrund stellten, zeigt ferner die Tatsache, daß sie ihre Feinde nicht nur unter den ehemaligen Grundbesitzern, sondern auch unter ihren früheren Mitkämpfern an der Parteispitze suchten. Genau diesem Zweck diente die zu Beginn der Kulturrevolution verkündete "Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats", der unter anderem Liu Shaoqi und Deng Xiaoping zum Opfer fielen. Heute gilt die Weiterführungstheorie als absurd, da sie einen falschen Klassenbegriff

postuliere und außerdem darüber hinwegsehe, daß die eigentliche Ausbeuterklasse in China bereits 1956 liquidiert gewesen war.

Die hier in Erscheinung tretenden subjektivistischen Ansätze wurden während der Kulturrevolution auf die Spitze getrieben, besonders bei der Gewichtung der "Mao-Zedong-Ideen", denen nun gleichsam magische Kraft zubemessen wurde und die als "Waffe", "Leuchtturm", "Kompaß", "Teleskop und Mikroskop" und als "Gesetzenschatz" (fabao, ein altbuddhistischer Ausdruck) "Wunder" wirken sollten (25).

Es ist Mao vor allem im Zusammenhang mit dem Großen Sprung und der Kulturrevolution vorgeworfen worden, er habe sich "subjektivistisch", ja "voluntaristisch" verhalten. Dem ist entgegenzuhalten, daß diese Betonung des Subjektiven seiner Politik von Anfang an zugrunde gelegen hat.

Politikprimat, Betonung der Massenlinie, "Bauernnationalismus", Autonomie des politischen Kurses, Skeptizismus gegenüber der Omnipotenz des Parteiapparates und der Zwang zum permanenten Wagnis mit der Möglichkeit des Scheiterns waren wesentliche Elemente der maoistischen Gesellschaftsstrategie. Die Maoisten waren prinzipiell sogar dazu bereit, notfalls wirtschaftliche Opfer und politische Desintegration in Kauf zu nehmen, wenn es darum ging, das politische Bewußtsein der "Massen" zu mobilisieren.

Der Primat des Subjektiven ist auch bei den Reformern feststellbar: Die Beharrlichkeit, mit der sie den "Überbau" kontrollieren (man denke an ihre Bemühungen um eine "sozialistische geistige Zivilisation" (hierzu vgl. C.a., Januar 1983, S.28-31) und an ihren Kampf gegen "geistige Verschmutzung"), ihre Betonung des überragenden Stellenwerts der Erziehung und Ausbildung (Ausbildung innerhalb der VBA gilt beispielsweise als "strategische Aufgabe" bei der Modernisierung), ihre "impansionistische Außenpolitik und nicht zuletzt ihre gesellschaftsphilosophischen Stellungnahmen zeigen, daß sie sich von der Einwirkung auf die menschlichen Gehirne eher "revolutionäre" Wirkungen versprechen als von Veränderungen der materiellen Basis.

Es ist u.a. Deng Xiaoping, der immer wieder betont, daß mit der materiellen Entwicklung eine geistige Entwicklung einhergehen müsse. Dem Volk, vor allem aber der Jugend, müßten Ideale, Moral, Kultur und Disziplin vermittelt werden. Am wichtigsten seien Disziplin und ein großes Ideal: "Wenn es keine

Disziplin und kein Ideal gäbe, dann ginge es so chaotisch zu wie im alten China - wie könnten unsere Revolution und unser Aufbau da erfolgreich sein!" (26)

Der Einfluß des Überbaus auf die Gesellschaftspolitik wird auch darin deutlich, daß heute fast sämtliche Negativerscheinungen und "Schiefläufer" letztlich auf die Nachwirkungen des negativen Vorbilds der "Viererbande" zurückgeführt werden!

In Umkehrung zum klassischen Marxismus kann deshalb hier festgestellt werden, daß es in der Praxis des Sinokommunismus nicht so sehr auf die Vergemeinschaftlichung des Eigentums an Produktionsmitteln, als vielmehr um die der Gehirne und Gedanken geht. Über die Eigentumsfrage läßt sich, wie gerade die neuere Reformbewegung zeigt, diskutieren, nicht dagegen über Gedanken und Philosophien, die von der allgemeinen Linie abweichen, und deshalb schnell in die Gefahr der "geistigen Verschmutzung" geraten.

Erziehung spielt nach alledem eine überragende Rolle.

Auch seit Beginn der Reformen hat es zahlreiche Versuche gegeben, das nach dem Ende der Kulturrevolution auseinanderstrebende Denken wieder zu vereinheitlichen und zu "vergemeinschaften".

- Seit Dezember 1980 wurde die "sozialistische geistige Zivilisation" zum Thema der öffentlichen Diskussion. Es fiel auf, daß dabei zahlreiche konfuzianische Forderungen neu aufgelegt wurden. Li Chang, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften und einer der wichtigsten Kommentatoren der SGZ, wies auf zwei Gesichtspunkte hin, nämlich einen konkreten Aspekt (Erziehungswesen, fortgeschrittene Wissenschaft, Kultur und Kunst) und einen ideologischen Aspekt, nämlich Moral, Traditionen, Sitten und Gebräuche. Es sei nun einmal unumgänglich, Ideale zu haben und das persönliche Interesse dem Gesamtinteresse des Volkes unterzuordnen. Materieller Reichtum allein genüge nicht - man blicke nur einmal auf den Zustand der hochentwickelten Industrieländer: Obwohl dort materielle Güter im Überfluß vorhanden sind, herrsche fast überall Nihilismus und Unzufriedenheit (27). Auch Elemente der traditionellen chinesischen Ethik seien selektiv durchaus in die neue Gesellschaft einzubringen, so z.B. das Gebot, daß Eltern ihre Kinder lieben und Kinder die Eltern ehren, daß Brüder einander respektieren und daß in den allgemeinen Beziehungen Kameradschaft und gegenseitige Hilfe vorherr-

schend sein sollen (28). Der Mustersatz eines Schülers der 3. Klasse ist überschrieben mit: "Ich möchte ein dankbares und respektvolles Kind werden" (29). Werden hier nicht Anklänge an die konfuzianische Tradition der "Fünf Beziehungen" deutlich?

- Des weiteren gab es (z.B. Mitte 1982) Studienkurse für die "Erziehung zu besserer beruflicher Moral", in deren Verlauf die "Regeln für chinesische Betriebsbelegschaften" und andere Materialien durchzuarbeiten waren.

- Seit 1982 ist der März zum "Monat der Zivilisation und der Höflichkeit" bestimmt worden. "Höflichkeit" wird allerdings eigenartigerweise in engem Zusammenhang mit Sauberkeit, Ordnung, Hygiene und ökologiebewußtem Verhalten gesehen; gleichzeitig werden Bäume gepflanzt, Straßen gefegt und gebrechliche Personen gepflegt. Die "Höflichkeitsmonate" bringen, wie die Medien versichern, immer wieder neue Erfolge hervor: Sogar die Kriminalitätsrate gehe jedesmal zurück; Dienstleistungen in den Handels- und Verkehrsabteilungen verbesserten sich, die Zahl der Verkehrsunfälle verringerte sich deutlich und der Kunde werde in den Geschäften freundlicher bedient.

In der Verfassung vom 4. Dezember 1982 ist der ganze Art. 24 der sozialistischen Zivilisation gewidmet: "Der Staat verstärkt den Aufbau der SGZ durch die Verbreitung der Erziehung in erhabenen Idealen, moralischen Prinzipien, Kultur, Disziplin und Rechtssystem und durch die Förderung der Ausarbeitung und Durchführung von Verhaltensregeln und öffentlichen Vorschriften unter den verschiedenen Teilen der Bevölkerung in Stadt und Land."

Absatz 2: "Der Staat fördert die gesellschaftlichen Tugenden der Liebe zum Vaterland, zum Volk, zur Arbeit, zur Wissenschaft und zum Sozialismus, führt im Volk eine Erziehung im Geiste des Patriotismus, Kollektivismus, Internationalismus und Kommunismus sowie im Geiste des dialektischen und historischen Materialismus durch und bekämpft kapitalistisches, feudalistisches und anderes dekadentes Gedankengut."

Im "Gemeinsamen Programm" von 1950, der ersten (informellen) Verfassung Chinas, hatte es noch die "Fünf Anforderungen" gegeben, nämlich Liebe zum Vaterland, zum Volk, zur Arbeit, zur Wissenschaft und zum Schutz des öffentlichen Eigentums. Durch die neue Verfassung wurde das letztere Element ("Schutz des öffentlichen Eigen-

tums") durch "Liebe zum Sozialismus" ersetzt.

Die Einflußnahme der Gesellschaft auf das Denken des einzelnen wird trefflich formuliert von Lifton (30): "Der Gedanke, daß der Staat und seine Beamten den kulturellen Stil einer Gesellschaft regulieren, die Lieder, die gesungen werden, die Rituale und Lebensprinzipien der Bevölkerung überwachen sollten, geht weit in die chinesische Gesellschaft zurück. Es ist ein Ausfluß der ganzheitlichen Auffassung von der Beziehung des Menschen zu Staat, Gesellschaft und Natur, die sich in der kommunistischen Praxis erhalten hat."

Damals wie heute war/ist der Individualist unerwünscht: Der Konfuzianismus forderte, daß "der Edle kein Ich hat", weil eben dieser Individualismus von der sozialen Pflichterfüllung ablenke. Der Maoismus lehrte, daß durch den Verzicht auf das Ich der Tod überwunden werden könne. Für den Buddhismus schließlich war das Ich ohnehin nur eine Illusion, die durchbrochen werden mußte, wenn man aus dem Kreis der Wiedergeburten ausbrechen und damit zur Erlösung im Nirwana gelangen wollte. Nicht das "Ich", sondern das "Wir" steht auch heute noch im Vordergrund, und zwar das Wir im Danwei- und, wie die Führung es gerne haben möchte, womöglich auch im Trans-Danwei-Bereich.

Damals wie heute gab es nur eine Lehre von Staat und Gesellschaft; auch war und ist nur konformistisches Verhalten geduldet. Herausstehende Nägel werden eingeschlagen.

Konformismus im Verhalten und Orthodoxie in den Grundlehren von Staat und Gesellschaft gehören genauso zur chinesischen Tradition wie das staatliche Patronat über eine bestimmte Ideologie. Genauso wie im alten China, wo nur eine Lehre von Staat und Gesellschaft erlaubt war (obwohl Dutzende von Gedankenschulen immer wieder miteinander konkurriert hatten), ist auch in der VR China vom einzelnen Linientreue gefordert. Abweichendes Verhalten wurde lange Zeit als "giftiges Unkraut" bezeichnet - und entsprechend behandelt. Auch im reformerischen China gibt es bestimmte Leitlinien - man denke etwa an die am 30. März 1979 verkündeten "Vier Grundprinzipien" - an denen öffentlich zu zweifeln niemandem anzuraten ist. Verboten wurden im Jahre 1979 auch die lange Zeit üblichen Wandzeitungen, die an Samisdat-Literatur erinnernden "Kleinen Zeitungen" und andere Organe schwer kontrollierbaren Ursprungs.

Wo ist nach alledem die Toleranzschwelle, jenseits derer der Bereich des "Sozialismus" verlassen wird?

Einerseits wird sie im wirtschaftlichen Bereich immer weiter hinausgeschoben und immer großzügiger interpretiert.

Andererseits gewinnt man den Eindruck, daß im Bereich des Überbaus nach wie vor strenge Grenzen gezogen werden und daß der Staat gegen abweichlerische Literaten, Filmschaffende und Wandzeitungsschreiber oft härter vorgeht als gegen Wirtschafts-"Verbrecher" - bezeichnend dafür war die bekannte Auseinandersetzung um das Filmdrehbuch "Unerwiderte Liebe" des Manuskriptautors Bai Hua im Jahre 1981, das die "krankhafte Strömung des Nihilismus gegenüber der Partei und dem Sozialismus gefördert" habe (31), sowie das Verdikt gegen allerlei westliche Einflüsse, die im Zuge der Kampagne gegen die "geistige Verschmutzung" bekämpft wurden.

Auch dies ein erneuter Beweis für die These, daß es beim chinesischen Sozialismus nicht so sehr auf eine Vergemeinschaftlichung der Produktionsmittel als vielmehr des Denkens geht!

3.2.4.

Warum der Sozialismus nicht in den "Geist der Zeit" paßt

3.2.4.1.

Das gewandelte Erlebnisbild der Entscheidungsträger: "Wegfall der Geschäftsgrundlage" für den Sozialismus?

Geht man 50 Jahre in der sinokommunistischen Geschichte zurück, so sah die Welt für die damals noch junge Bewegung radikal anders aus als heute. Damals war die Armee gerade acht Jahre alt. Sie hatte vier sogenannte "Ausrottungsfeldzüge" der Guomindang-Truppen überlebt und befand sich, gerade der fünften Umklammerung entkommen, auf dem Langen Marsch, den nur ein Zehntel der Mannschaften überlebte. Zur gleichen Zeit bereits hing die Gefahr eines japanischen Großangriffs auf China wie eine schwarze Gewitterwolke am nordchinesischen Himmel. In dieser zwielichtig-gespenstischen Situation mußte den Aufständischen der Krieg als Vater aller Dinge erscheinen, und zwar sowohl im militärischen als auch im innenpolitisch-klassekämpferischen Bereich. Beides war "unvermeidbar"! Als Form der Auseinandersetzung blieb eigentlich nur der Volkskrieg, d.h. also die Einbeziehung möglichst vieler lokaler Bauern in die gemeinsame Revolutionsaufgabe. Massenkommunikation war wichtiger als Machtausübung und "innere Kontrolle" mußte

durch Kampagnen großen und kleinen Stils angestrebt werden. Der Mensch mußte wichtiger erscheinen als die Waffe und das Überzeugen wirkungsvoller als das Befehlen. Außerdem mußte sich jedermann darüber im klaren sein, daß der Volkskrieg, anders als bei der Oktoberrevolution, nicht in wenigen Wochen, sondern erst nach Jahren oder gar Jahrzehnten gewonnen werden konnte. Die Soldaten konnten nur dann als "Fische" agieren, wenn sie im "Wasser" des Volkes schwammen; nichts wäre in dieser Situation schädlicher gewesen als ein "bürokratischer Arbeitsstil". Es war vielmehr die maoistische Form des "Plebiscite de tous les jours", nämlich die "Massenlinie", die das Gesetz des Handelns bestimmte. Bei den Bauern sollte nicht Gehorsam, sondern freie Einsicht in die Notwendigkeit und "schöpferische Spontaneität" geweckt werden. Die "alte Kultur" mußte als Hindernis auf dem Weg zur "Selbstbefreiung" der Bauern erscheinen. Anzustreben war nicht, wie in der Vergangenheit, die traditionsgesteuerte Selbstvollendung, sondern vielmehr der Neue Mensch in einer Neuen Gesellschaft, der sich durch Altruismus, Aktionismus, Gemeinschaftsverbundenheit und Traditionsverneinung definierte, und bei dem es, da ja alle objektiven Voraussetzungen (Maschinen, Waffen, moderne Technologie) fehlten, ganz wesentlich auf den unbeugsamen Willen zur Veränderung der bestehenden Zustände ankam - daher auch der für die maoistische Gesellschaftsphilosophie so charakteristische Voluntarismus, daher die Bedeutung der "inneren Kontrolle" und die Leitfunktion der "Mao-Zedong-Ideen".

All diese Voraussetzungen haben sich in den achtziger Jahren von Grund auf geändert. China befindet sich mitten im Modernisierungsprozeß und hat dabei Zugriff auf Technologie aus aller Welt; es ist nicht mehr der Revolutionär mit leeren Händen, der "nichts zu verlieren hat als seine Ketten", sondern tritt als ein NIC (Newly Industrializing Country) auf, das sich mitten im technologischen und wirtschaftlichen Aufhol-Wettlauf befindet, und das nichts weniger brauchen kann als einen Krieg, der alle so hoffnungsvoll erscheinenden Ansätze wieder zunichte machte. Nicht der Krieg, sondern die Modernisierung ist heute der Vater aller Dinge; Leistung statt Klassenkampf, Recht und Ordnung statt ständiger (durch Kampagnen aller Art) verursachter Unruhe, schnelle Modernisierungserfolge statt "lange hingezogener" Auseinandersetzungen und Vertrauen auf Technologie statt Pochen auf die "richtige politische" Einstellung - dies

sind heute Grundpostulate, die zumindest in der offiziellen Politik gang und gäbe sind. Angesichts dieses gesamtgesellschaftlichen Fanshen (wörtlich: "Körper umdrehen") muß auch die Tradition nicht mehr so verwerfenswert erscheinen wie noch vor fünf oder vier Jahrzehnten. Vielmehr geht man heute davon aus, daß "Werte" wie Korporativität, Harmonie, Gesichtsbeibehaltung, individuelles Erwerbsstreben und Leistungsdenken dem Modernisierungsziel weitaus förderlicher sind als ihre Verneinung. Auch besitzt man inzwischen genügend materielle und technologische Ressourcen, um nicht mehr dem "Voluntarismus" huldigen zu müssen. Lieber stützt man sich auf Experten, Technologietransfer und ausländisches Kapital. Konnte Mao Zedong in der Kampfzeit (bis 1949, aber auch nach 1966) noch die permanente Unruhe ("innere Widersprüche" und "Eins teilt sich in zwei") als Triebkraft des sozialen Fortschritts bezeichnen, so gehen die Reformer von der Selbstdisziplin der Parteigenossen aus - man denke etwa an Liu Shaoqis berühmtes Schulungswerk "Wie man ein guter Kommunist wird", das in Wirklichkeit einen typisch konfuzianischen Titel trägt und ganz schlicht "Xiu yang" ("Selbstvervollkommnung") heißt. Ziele Maos Politik noch auf die revolutionäre Instrumentalisierung der Armut, so haben die Reformer die "Wohlhabenheit" des chinesischen Volkes zum Ziel, war Mao vom Mißtrauen gegenüber ausländischer Wissenschaft und Technologie erfüllt (ahme man das Ausland nach, so müsse man immer "im Schnecken tempo hinterkriechen"), so sind mit den Reformern heute geradezu Verehrer jener Wissenschaft am Werk, die sie für die wichtigste aller Produktivkräfte - und damit wohl auch für die Haupttriebkraft des Modernisierungsfortschritts - halten.

Die Klassenkämpfe großen Stils sollen der Vergangenheit angehören; dies zumindest ist der Kernsatz der Reformbeschlüsse vom Dezember 1978 ("Die Partei verlegt ihren Arbeitsschwerpunkt von den Klassenkämpfen großen Stils auf die Modernisierung"); ferner wurden - ganz auf der Linie dieser neuen Ausrichtung - die Kampagnen als Instrumente der sozialen Gestaltung abgeschafft (32).

3.2.4.2. Gewandelte Einstellung des Nachwuchses

Mindestens genauso wichtig wie die Akzentverschiebungen im strukturellen Bereichen sind die Einstellungen jenes Teils der Jugend, der in den nächsten Jahrzehnten, nicht zuletzt auch im so häufig beschworenen Jahr 2000, die "Zukunft gehört", nämlich den Mitgliedern der

Kommunistischen Jugendliga, die ja gemeinhin als Hauptrekrutierungsreservoir für die KPCh gilt und der seit Beginn der Reformen jährlich im Durchschnitt 15 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 15 und 28 Jahren angehören, also etwa ein Fünftel aller Angehörigen dieser Altersgruppe. Ausgerechnet hier, im "Allerheiligsten des Nachwuchses", zeigen sich in den letzten Jahren rasch zunehmende Tendenzen zu einer "Privatisierung der Werte". Dies wurde durch Umfragen chinesischer Sozialwissenschaftler schon 1982 festgestellt. Auf die Frage an eine Reihe von Mittel- und Grundschüler in Wenzhou/Provinz Zhejiang nach den Motiven hinter ihrem Lerneifer, gab es folgende Antworten: 51,07%: "Für die Vier Modernisierungen", 20,05%: "Aus Wissensdurst", 13,48%: "Für meine eigene Zukunft", 11,44%: "Um in die nächsthöhere Ausbildungsstufe zu kommen", 2,71%: "Um dem Volk zu dienen", 0,68%: "Um zu arbeiten", 0,34%: "Für den Kommunismus" und 0,23%: "Für den Unterhalt der Familie" (33).

Die Meinungsforscher hatten nun versucht, böse Miene zum guten Spiel zu machen und aus diesen für eine KJL wenig schmeichelhaften Ergebnissen doch noch das Beste zu machen, indem sie nämlich die Aussagen nach drei Kategorien (Eigenmotivation, Gemeinschaftsmotivation, tendierend zur Gemeinschaftsmotivation) unterteilten und die Ergebnisse der drei Rubriken "Um zu arbeiten", "Um vorwärtszukommen" und "Aus Wissensdurst" der mittleren Kategorie "Tendierend zur Gemeinschaftsmotivation" zuschlügen, und indem sie darüber hinaus die Motivationen "Für die Vier Modernisierungen", "Für das Volk" und "Für den Kommunismus" unter die "Gemeinschaftsmotivation" subsumierten. Auf diese Weise kamen sie zu hohen 32 bzw. 54%.

Ganz offensichtlich stand hinter dieser Einordnung eine Petitio principii, die mit kosmetischen Korrekturen dafür sorgte, daß am Ende doch noch ein akzeptables Ergebnis herauskam.

In Wirklichkeit jedoch besagt die Aussage "Ich arbeite für die Vier Modernisierungen" recht wenig; man könnte sie genauso gut der Eigenmotivation zuschlagen. Auch der "Wissensdurst" oder das "Vorwärtskommen in der Schule", oder das "Arbeits"-Bestreben ließe sich mit dem gleichen Recht als Eigenmotivation qualifizieren.

Während all diese Kategorien zu schwammig sind, um einen klaren Trennungsstrich zwischen Eigen- und Gemeinschaftsmotivation zuzu-

lassen, sind sie andererseits bei den wirklich gemeinschaftsorientierten Ausrichtungen ("Dem Volk dienen", "Für den Kommunismus arbeiten") glasklar. Hier sind aber leider nur 3,05% zusammengekommen - dies wohlgerne bei Mitgliedern der KJL, also einer Jugend, die lange nach Gründung der Volksrepublik geboren wurde, noch nie ein alternatives Gesellschaftsmodell aus eigener Anschauung erlebt hat, und die außerdem, wie kein anderer Sektor des Nachwuchses, jahrelang ideologisch geschult wurde.

Auch die Antworten auf eine zweite Umfrage, welchem Personenkreis die Jugendlichen nämlich den meisten Respekt entgegenbrächten, fiel höchst bezeichnend in Richtung "Privatisierung" aus. 37,97% antworteten zwar: "Für Revolutionäre der älteren Generation", dies war freilich kein Wunder angesichts der überwältigenden Vielzahl von Lesestoffen, mit denen diese Personen dem Schüler bereits in den amtlichen Lehrbüchern vorgestellt werden. Dichtauf an zweiter Stelle folgten jedoch bereits die Eltern (29,34%) und die Lehrer (22,67%). Alle anderen Personen sind nur noch "Rest", so z.B. Mitglieder der KP (1,38%), VBA-Mitglieder (0,92%), Wissenschaftler (0,58) und Arbeiter (0,35%); der während der Mao-Zeit zu einem nationalen Heiligen hochstilisierte Lei Feng erreichte sage und schreibe nur 0,23% (34). Eltern und Lehrer ziehen also zusammen 51% des "Respekts" auf sich - eine Zahl, die beweist, daß das konfuzianische Erbe immer noch stark ist, ja rasch wieder zurückkommt und in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch zunehmen wird.

Andere Befragungen zeigen, daß Arbeiter und Bauern in der Meinung auch von Mittelschülern der höheren Stufe wenig, "White Collar"-Berufe dagegen viel gelten - erstaunlicherweise auch Juristenberufe (35).

Weitere Beispiele für den so erstaunlichen "Privatisierung"-Trend: In einem internen Bericht der Universität Beijing wird beklagt, daß sich unter den Hörern eines bestimmten Wirtschaftskurses siebzig Studenten bei "kapitalistischen Wirtschaftswissenschaften", dagegen nur 7 bei marxistischer Wirtschaft eingeschrieben hätten (36). Auch die Beliebtheit zweier Filme spricht Bände: In dem Streifen "Alle Farben", der von drei Millionen Chinesen zum Lieblingsfilm erklärt wurde, tritt ein Arbeiter namens Liu Sijia auf, der sich gut anzieht, raucht, trinkt und offen seine Meinung sagt, wobei er auch kein gutes Haar an den Bürokraten läßt. In dem anderen Streifen, "Unser Blut ist immer

heiß", steht eine der Hauptfiguren vor der Wahl, ob sie KJL-Mitglied bleiben oder zum Christentum übertreten solle. Einer ihrer Anführer reißt ihr daraufhin das KJL-Ansteckzeichen von der Jacke. Der Fabrikdirektor gibt es ihr jedoch wieder zurück und fordert sie auf, sich frei zu entscheiden. Der Ausgang des Films bleibt unklar, aber immerhin handelt es sich hier um eine Hervorkehrung von Fragestellungen, die in dieser Form noch wenige Jahre vorher undenkbar gewesen wären.

In einem weiteren populären Film mit dem Titel "Blumenkränze am Fuß der Hohen Berge", der sich mit dem "Gegenangriff auf Vietnam" vom Frühjahr 1979 befaßt, wird ein Kompanieführer von einem Armeejournalisten nach seinen "nobelsten Gedanken" befragt. Er deutet daraufhin lediglich auf sein Notizbuch, das sich in der Brusttasche befindet und meint, daß der Journalist ja nach seinem Tod dort nachschauen könne. Als er für seine hungernden Soldaten, die während der Kämpfe von der Logistik im Stich gelassen werden, Zuckerrohr einsammelt, wird er schwer verwundet. Der Journalist kann nun zum ersten Mal den Blick auf das Notizbuch werfen und entdeckt dabei, daß es unbeschrieben ist und daß in ihm lediglich das Bild der Ehefrau und des vierjährigen Sohnes stecken. Auf dem Sterbebett hat der Offizier nur noch den einen Wunsch, auf das Photo zu schauen. Nach seinem Tod wird er von der Kompanie für eine Auszeichnung vorgeschlagen, die jedoch mit der Begründung verweigert wird, daß er erstens keine "politischen" Verdienste habe, und daß er außerdem gegen die Armeebestimmungen verstoßen habe, die ein Aberrnten der Felder verbieten (37). Die Romanvorlage, nach der dieser Film gedreht wurde, hatte 1982 einen Literaturpreis gewonnen.

All diese Verhaltensweisen sind offensichtlich Reaktionen auf eine "Überpolitisierung", besser auf einen Platzregen politischer Phrasen, wie er jahrelang über die Jugendlichen niedergegangen ist. Sie sind aber auch Folge jener "drei Krisen im Glauben", die in chinesischen Kommunikationsmitteln als Loyalitätskrise (gegenüber der KP), als Glaubenskrise (gegenüber dem "Mao-Zedong-Denken") und als Vertrauenskrise (in die eigene Zukunft) identifiziert werden. Jahrelang hatte die kulturrevolutionäre Propaganda ein strahlendes Bild vom chinesischen Sozialismus an die Wand geworfen. Die chinesische Ideologie schien ihre ur-eigenste Aufgabe, nämlich die Welt einfacher darzustellen als sie ist, aufs Beste geleistet zu haben. Inzwischen freilich hat die

Modernisierung zu einer "Entzauberung der Welt" (Max Weber) geführt, wie sie übrigens Folge jeder Modernisierung zu sein scheint.

Auch die Partei steht damit vor der großen Frage, wie sie die Scherben wieder zusammenfügen soll. Eine "schöne neue Welt" jedenfalls läßt sich nicht ein zweites Mal glaubhaft machen, es sei denn, sie nähme reale Konturen an. Sollte es da am Ende nicht ratsam erscheinen, sich besser wieder auf einige alte Werte zu besinnen und jenen "Metakonfuzianismus" zum Zuge kommen zu lassen, von dem sich die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung offensichtlich schnelle Besserung erhofft?

Gewandelt hat sich auch das Erlebnisbild der Entscheidungsträger.

3.2.5.

Warum das klassische Sozialismuskonzept der Zurechtbiegung bedarf

Die Art und Weise der Rezeption des Marxismus in China wurde von vornherein durch zwei Determinanten des chinesischen Denkens beeinflusst, deren Dynamik in Zukunft eher noch zunehmen als abnehmen dürfte, nämlich durch gewisse Besonderheiten der Geschichtsauffassung und durch den hohen Anpassungsdruck, dem kulturelle Importe noch allemal ausgesetzt waren.

Die Anpassung der sino-kommunistischen Revolution an das chinesische Geschichtsverständnis

Die traditionelle Geschichtsphilosophie war vor allem durch drei Eigenschaften gekennzeichnet: Sie neigte zu isolierender Betrachtungsweise, also zur Herauslösung einzelner Vorgänge aus dem historischen Kontext, sie war ferner normativ orientiert, insofern sie nämlich mit Wertmaßstäben der Vergangenheit "Lob und Tadel" (bao-bian) austeilte - oft im Stile krasser Schwarz-Weiß-Malerei, und sie war zyklisch angelegt: Geschichte galt ihr nicht als kontinuierlicher Prozeß mit einem Anfang und einem fernen Ende, sondern als ständige Parusie immer gleicher Abläufe. Einer Zeit der Bauernaufstände und des luan (Wirrnis) mußte (der Logik des Schemas nach) eine neue Dynastie folgen, die zu allgemeiner Blüte führte, dann aber, wie schon ihre Vorgängerinnen, der Dekadenz verfiel, um daraufhin erneut durch Aufstände gestürzt und durch eine abermals neue Dynastie ersetzt zu werden. 3000 Jahre Geschichte erschienen auf diese Weise formal als eine Folge sich ewig wiederholender und inhaltlich im wesentlichen gleichbleibender Kreisbewegungen.

Dieses Kreislaufschema war so ein-

prägsam, daß auch westliche Wissenschaftler von ihm beeinflusst wurden. So entwickelte beispielsweise Wolfram Eberhardt aufgrund der Analyse zahlreicher Bauernaufstände ein Rotationsschema mit vier Abschnitten: Aus notleidenden Bauern werden Aufständische, die sich (2. Stadium) in Gruppen zusammenschließen und dabei teilweise miteinander kooperieren, zum Teil aber auch miteinander in Fehdetreten, bis schließlich eine einzige Gruppe die Oberherrschaft in einem Großterritorium gewonnen hat. In einem 3. Stadium kommt es sodann zur Belagerung der ersten Städte und zu Auseinandersetzungen mit den alarmierten zentralen Truppen. Um hierbei siegreich zu bleiben, werben die Aufständischen - 4. Phase - erfahrene Mitglieder der alten Gentry an, schaffen damit aber bereits die Voraussetzungen für die Wiederanerkennung jener überkommenen Wertordnung, wie sie bereits unter der alten Dynastie gegolten hat und wie sie nun von der neuen übernommen wird.

Dieses Kreislaufschema blieb zwar nicht unangefochten, zumal nachdem die chinesische Geschichtswissenschaft durch das ganz anders konzipierte westliche Fortschrittschema beeinflusst worden und nachdem auch die Volksgeschichte (Bauernaufstände!) in den Mittelpunkt der sinokommunistischen Betrachtungsweise getreten war. Doch ist Geschichtswissenschaft das eine und "politische Kultur", d.h. die in der breiten Bevölkerung vorherrschende Bewertungsweise, das andere.

Könnte man in den Kopf des heutigen chinesischen Durchschnittsbürgers hineinleuchten, so käme vermutlich eine historische Bewertung des letzten halben Jahrhunderts zutage, wie sie von der traditionellen Geschichtsauffassung auch nicht anders vorgenommen worden wäre, nämlich eine Einstufung der sinokommunistischen Revolution als Umbruchereignis, dem sich nun etwa mit der Zäsur nach Maos Tod und dem Beginn der Reformen - ein ruhiges Zeitalter anschließt, das wieder im Zeichen der Renormalisierung steht.

Es erübrigt sich, hier zu betonen, daß es ganz gewiß nie mehr eine "wortwörtliche" Neuauflage des traditionellen China geben kann; dies hindert jedoch nicht die Rückkehr gewisser Grundmuster, deren Inhalt in der vorliegenden Abhandlung als "metakonfuzianisch" bezeichnet wird.

Sinokommunistische Revolution ist nach alledem - aus "metakonfuzianischer" Perspektive - nichts Neues unter der Sonne, sondern lediglich Teil eines uralten Kreis-

laufschemas. Der ehemals rezipierte "Sozialismus" hat sich dementsprechend an die neuen Verhältnisse anzupassen.

3.2.5.2.

Die Anpassung des Marxismus an die aktuellen Bedürfnisse Chinas: "synthetisierende" Denkweise und Katzenparabel

Hier sei zunächst einmal in Erinnerung gerufen, daß das in seiner Gesellschaftsphilosophie schon lange Zeit autarke China im Laufe seiner Geschichte lediglich drei sozial relevante "Großimporte" erlebt hat, nämlich den Buddhismus, den westlichen "Kapitalismus" und den Marxismus. Blickt man auf das Schicksal des Buddhismus und seine Metamorphosen, die diese indische Religion bis an den Rand des Identifikationsverlustes führten (38), so kann man sich schon heute ausmalen, welche Mutation auch der Marxismus noch durchmachen muß, ehe er ganz in die chinesische Anschauungsweise "paßt". Obwohl dieser westliche Import erst 1921 nach China Eingang gefunden hat und damit - gemessen an den üblichen chinesischen Geschichtsräumen - eigentlich noch im Säuglingsalter steht, hat er doch bereits Korrekturen über sich ergehen lassen müssen, die nicht nur kosmetischer Art waren, sondern an die Substanz gingen: Man denke an die Bauernschaft als soziale Basis, an die Vier-Klassen-Herrschaft im Zeichen der Neuen Demokratie, an die "Hundert Blumen", an den Großen Sprung, die Volkskommunenbewegung, die Kulturrevolution und dann - ganz am Ende der Skala - an die Modernisierungsmaßnahmen im Zeichen grundlegender Strukturveränderungen sowie einer Öffnung nach außen. Wer glaubt, daß damit bereits das Ende der Fahnenstange erreicht sei, erliegt vermutlich einem Irrtum; denn aller Voraussicht nach wird der Marxismus noch solange zurechtgebogen, bis er am Ende mit dem metakonfuzianischen Wertesystem konform geht und als Marxismus nur noch verbal existiert.

Damit wäre dann ein Zustand erreicht, wie er dem "harmonisierenden", "willkürlich synkretistischen" und "eklektizistischen" Denkschema der Chinesen entspricht, das seine "Amalgamierungsfähigkeit" bereits bei der "Synthetisierung" von Konfuzianismus, Daoismus und Buddhismus unter Beweis gestellt hat (39). Nakamura bezeichnet diese "Harmonisierung"-Tendenz als eine der zehn charakteristischen Ausdrucksformen des chinesischen Denkens (die anderen neun sind: Konkretetheit statt Abstraktion, Betonung des Besonderen statt des Allgemeinen, Konservatismus, "Vielfalt" statt Gesetzlichkeit, Konformismus, Prak-

tikabilität, "Individualismus", Hierarchie und "Übereinstimmung mit der Natur" (40).

Die - geschichtsbewußten! - Reformer haben erkannt, daß selbst die wohlformulierte Leitlinie und die engagierteste Bürokratie Privatinitiative nicht ersetzen kann. Drei Jahrzehnte lang blieben riesige Energiereserven des chinesischen Volkes ungenutzt. Das chinesische Staatsschiff dümpelte, von der Planbürokratie geleitet, uneffektiv vor sich hin. Seit es seinen eigenen Kurs fahren darf, laufen die Maschinen wieder auf voller Kraft. Sollte man aus dieser Erkenntnis nicht zuwachsträchtige Folgerungen ziehen?

Es ist nun einmal ein Charakteristikum der chinesischen Produktionsweise, Arbeitsgänge in kleine Einheiten zu zerlegen und sie dann mit nie erlahmender Energie durchzuführen. Wer einmal Einblick in die Aktivität der kleinen Hinterhoffabriken Taiwans gewonnen hat, wo die Arbeit praktisch nie ruht, weiß, was hier gemeint ist.

Dieses Potential im Namen eines importierten Dogmas jahrzehntelang vergeudet zu haben, ist eines der großen Versäumnisse maoistischer Politik. Die Reformer haben daraus ihre eigenen Konsequenzen gezogen.

Die Reform auf dem "Dorf", die unter den Stichworten "Zulassung des Kontraktsystems", "Abschaffung der Volkskommune als Administrativeinheit" und "Zulassung des Marktsystems" steht, hat sowohl von der Akzeptanz durch die Bevölkerung als auch vom schieren wirtschaftlichen Erfolg her so durchschlagend gewirkt, daß jeder Kommentator sich eigentlich erübrigt. Das "Geheimnis" ihres Erfolgs beruht darin, daß die Partei den Bauern gestattet hat, wenigstens teilweise zu ihrem alten Wertesystem zurückzukehren.

Inzwischen ist auch die Reform der städtischen Industrie mit glücklicher Hand angepackt worden.

Die durch den früheren Sozialisierungskurs hervorgerufene Interesselosigkeit des chinesischen Bauern beschrieb Fan Rongkang, Chefkommentator der Renmin Ribao trefflich mit folgenden Worten: "Früher war der chinesische Bauer bereits im Morgengrauen auf das Feld gegangen. Nachdem aber die Volkskommunen eingeführt worden waren, ging er erst um 8 Uhr dorthin. Dann ließ er sich vom Kader die Arbeit zuteilen und ging ins Dorf zurück, um seine Arbeitsgeräte zu holen. Wieder auf dem Feld, nahm er sich erst mal Zeit für eine Zigarettenpause. Was Wunder, daß die Produktivität auf dem Land

gering war...". Heute dagegen, da "Reichtum nicht mehr als eine Art Monstrum angesehen wird" und sie Gewinne erzielen könnten, seien sie wieder mit Feuereifer bei der Sache. Dabei spielten auch die Kader eine Rolle, die mit dem Reichtum vorangehen sollen. "Sie sind mit den Gegebenheiten vertraut, weil sie Bescheid wissen. Sie sind clever, sie machen den Anfang. Für die Bauern ist ihr Beispiel sehr wichtig; denn sie orientieren sich immer noch am Kader. Wenn der was anfängt, gehen sie mit; ohne sein Vorbild trauen sie sich nicht" (41). Fan geht davon aus, daß die Sozialdienste (Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser) unter der Privatisierungstendenz nicht zu leiden hätten. Wo die Bauern genügend Geld verdienten, seien diese Einrichtungen noch besser geworden, wo sie nachhinkten, seien auch diese Institutionen rückständig geblieben.

Die eigentliche Leitlinie der chinesischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist heutzutage nicht mehr irgendein Dogma oder ein "Ismus", sondern der in die Praxis umgesetzte, wenn freilich als solcher auch nie mehr zitierte alte Satz Deng Xiaopings, daß es "gleichgültig ist, ob eine Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse".

"Sozialismus"-förmige Entwicklungen sind auf absehbare Zeit ganz gewiß nicht zu erwarten: vom Absterben des Staates keine Spur, noch viel weniger vom "Absterben der Warenproduktion". Auch für die Genese einer partizipatorischen Kultur liegen so gut wie keine Anzeichen vor. Auch in Zukunft wird die Partei vermutlich versuchen, weniger die Produktionsbasis als vielmehr den Überbau zu "sozialisieren" und zu vereinnahmen.

Äußerlich bleiben zwar die "sozialistischen" Attribute erhalten, wie "KP"-Führung, "Staatseigentum" an den meisten Produktionsmitteln größerer Dimension und volkswirtschaftliche Planung sowie nicht zuletzt auch Ritual und Terminologie des Realsozialismus; doch erfährt all dies von innen heraus eine Umdeutung.

Als eigentliche "chinesische Eigenschaften des Sozialismus" gelten im Zeitalter der Reformen erstens das "System der vertragsgebundenen Verantwortlichkeit auf der Basis der Haushalte", zweitens die angeblich zur Entbürokratisierung und Demokratisierung führende Kulturreform und drittens die Öffnung der Tür zur Außenwelt.

Man kann dies alles natürlich einen "Sozialismus mit chinesischem Antlitz" nennen, doch muß man sich

dann bewußt sein, daß es sich hier nur um Worte, nicht aber um die Sache handelt; denn Sozialismus und Partizipation lassen sich nun einmal, wie oben ausführlich beschrieben, nicht auseinanderdividieren.

Man ist versucht, diese Ausführungen mit einem Gleichnis abzuschließen: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß China sozialistisch wird.

4. Der Metakonfuzianismus als Ergebnis der "Sinisierung" des Marxismus

4.1. Die Renaissance typisch traditioneller Denkstrukturen

4.1.1. ...im Vorfeld wissenschaftlicher Beratung

Wenige Monate, bevor im Dezember 1984 der große ZK-Reformbeschluß für die Städte und Industrien erlassen wurde, erschien in der von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Zeitschrift "Zhongguo shehui kexue" (42) der Bericht einer sechsköpfigen Forschungsgruppe, die ein Reformmodell unterbreitete, das in seiner gedanklichen Konzeption auf den seit Dezember 1978 beschlossenen Reformrichtlinien beruht, also höchst regierungsaffirmativ ist, das aber gleichzeitig auch ungemein typisch für das chinesische Herangehen an die Probleme sowie für das latente Weiterwirken eingefahrener Denkstrukturen ist.

Schon die Art und Weise, wie die Forschergruppe in die Fragestellungen einsteigt, ist beste chinesische Tradition: Die Probleme werden nämlich nicht geradewegs angepackt, sondern sie werden zunächst eingekreist, d.h., die Forschungsgruppe sammelt zunächst einmal alle denkbaren Möglichkeiten für ein chinesisches Modell und scheidet dann eine nach der anderen aus, bis nur noch ein Modell übrigbleibt. Insgesamt werden fünf Muster angeboten - auch dies übrigens eine ungemein bezeichnende Zahl: Im traditionellen China war ja immer schon versucht worden, sämtliche Erscheinungen "unter dem Himmel" in ein Fünferschema zu pressen. Die von der Gruppe präsentierten fünf Modelle sind der Kriegskommunismus, die traditionelle Planungswirtschaft, die verbesserte Planungswirtschaft, die "organische Kombination von Planung und Markt" sowie das regulierte Marktmodell. Die Wissenschaftler, die auf der Suche nach einem System sind, das auf den Prinzipien des sozialistischen öf-

fentlichen Eigentums sowie der Bezahlung nach Leistung beruht, entschieden sich, in einem ersten Schritt, für das Modell Nr.4, nämlich die "organische Kombination von Planung und Markt". Dieses Muster sei am geeignetsten für die Entwicklung eines "chinesischen Sozialismus".

Sodann schlagen sie, in einem zweiten Schritt, Strukturmuster vor, die sich wiederum (!) auf fünf verschiedene Formen belaufen.

- Da ist einmal die "Eigentumsstruktur". Es müßten sämtliche Formen von Eigentum an Produktionsmitteln gestattet sein, nämlich staatliches, kollektives, privates und gemischt öffentlich-privates Eigentum. Banken, Infrastruktureinrichtungen, Verteidigungseinheiten, Grundindustrien und Einrichtungen, die für das Leben des Volkes von grundlegender Bedeutung sind, hätten in staatlichem Eigentum zu stehen. Kleinere Industrie- und Geschäftsbetriebe hingegen sollten einem vielfältigen Eigentumssystem unterliegen.

- Steuerungsstruktur: Auch hier solle Vielfalt herrschen. "Strategische Fragen", wie z.B. die Wachstumsraten der Volkswirtschaft, die Proportionen der Aufteilung des Nationaleinkommens zwischen Akkumulation und Konsumtion, die Änderungsmargen in der Produktionsstruktur, die Eckpreise und das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Aufgaben seien vom Zentrum her festzulegen.

Weniger wichtige Entscheidungen, vor allem in laufenden Angelegenheiten, seien von den zuständigen Einheiten (also in der Regel von den Betrieben) unter einheitlicher staatlicher Rahmenplanung zu treffen.

Das Gewinnabführungssystem sei vollständig durch Steuerzahlung zu ersetzen.

Schließlich müsse die Einmischung der Behörden in die laufenden Geschäfte der Einheiten soweit wie möglich reduziert werden. Dies gelte auch für Finanz- und Personalfragen.

- Kontrollstruktur: Anzustreben sei ein kombinierter Planungs- und Marktmechanismus, in dessen Rahmen sporadisch Berichtigungen vorgenommen werden können. Wichtigere und größere Faktoren müßten gesteuert werden, kleinere sollten unkontrolliert bleiben. Die Kontrolle erfolge ratsamerweise vor allem durch Pläne und durch Hebel, erst in zweiter Linie durch administrative Ein-

griffe. Der Hauptakzent müsse auf der nationalen Fünf-Jahres-Planung liegen, durch die sichergestellt werden müsse, daß die einzelnen Sektoren (Investition und Konsumtion, öffentlicher und privater Verbrauch, Schwer- und Leichtindustrie, Zivil- und Militär-Industrie etc.) in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander bleiben und daß vor allem kein "Investitions-Hungertod" eintritt.

Auch bei den "Hebeln" sei Vielfalt zuzulassen. Was beispielsweise die Preise anbelangt, so solle es weiterhin nationale Einheitspreise, Verhandlungspreise und Marktpreise geben, wobei vor allem der Bereich der Verhandlungspreise nach und nach erweitert werden solle.

- Gewinnstruktur: Zu achten sei auf eine adäquate Gewinnverteilung zwischen Staat, Kollektiven und Einzelpersonen. Allerdings müsse der Staat stets den Löwenanteil erhalten, ohne daß dann freilich die beiden anderen Empfänger zu kurz kommen - also alles schön der Reihe nach.

- Organisationsstruktur: Die Zentrale möge auch in Zukunft Einrichtungen mit Gesamtstaatscharakter wie Eisenbahnen, Telekommunikationssysteme, Fluglinien, überprovinzielle Firmen und Großindustrieanlagen unter ihrer Kontrolle behalten. Alle kleineren Einrichtungen dagegen seien entweder von Städten oder Kreisen oder Gemeinden zu betreiben. Die Parteiausschüsse sollten sich strikt an die Aufgabentrennung zwischen politischen und Fachaufgaben halten und sich auf ihr politisches Aufgabengebiet beschränken, also dafür sorgen, daß jede Einheit im Rahmen der Generallinie ungestört ihren konkreten Aufgaben nachkommen kann.

Dies alles war - i.J. 1984! - nicht gerade neu und wurde dann in der Tat auch durch den Reformbeschluß des 3.Plenums des XII.ZK vom 20.Oktober 1984 noch ausführlicher festgelegt.

Doch kamen gerade anhand dieser Studie typisch chinesische Denkstrukturen ans Tageslicht:

- Da ist einmal die bereits erwähnte "Einkreisungs"-Methode, die sich im traditionellen philosophischen Denken Chinas genauso geäußert hat wie im Go-Spiel oder aber in der Revolutionsstrategie Maos ("Einkreisen der Städte von den Dörfern her"). Des weiteren fällt die häufige Verwendung von Fünferreihenungen auf.

- Des weiteren wird die Philosophie der Mitte, die ja schon im

traditionellen Zhongyong ihren Ausdruck gefunden hatte, auch bei der Erörterung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Fragen mit geradezu pochender Nachhaltigkeit geübt. Erkenntnistheoretisch hängt dies mit der gerade erwähnten Einkreisungsmethode zusammen, ontologisch dagegen mit dem ebenfalls urchinesischen Yin-Yang-Prinzip, das sich in seiner säkularisierten Form im "Gleichgewichts"-Denken widerspiegelt.

Nie geht der Chineser DIREKT auf eine Lösung los, sondern er sucht stets nach den beiden Extremen und nähert sich dann - sozusagen von den Rändern her - vorsichtig dem Kern, wobei am Ende nie eine ganz eindeutige, sondern immer eine Bandbreitenlösung herauskommt. Er fragt also: Schwerindustrie oder Leichtindustrie? Küsten- oder Binnenindustrie? Rüstung oder allgemeine Wirtschaft? Individuum oder öffentliche Hand? Zentrale oder lokale Agenturen als Entscheidungsträger? Bürokratie oder Massenlinie? Plan oder Markt? Großbetriebe oder Kleinbetriebe? Hauptziel der Politik muß es unter diesen Umständen sein, Ungleichgewichte abzubauen oder, modern ausgedrückt, "Widersprüche zu lösen", nämlich zwischen Reich und Arm, Führern und Geführten, Alter und Jugend, Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft, modernen und traditionellen Technologien etc. (43).

Es ist unter diesen Umständen nur systemlogisch, daß die oben genannte Wissenschaftlergruppe bei den von ihr vorgeschlagenen fünf Strukturen jeweils eine Simultanstrategie vorschlägt. Nicht nur Staats- und nicht nur Privatbetriebe, sondern alles zugleich; nicht umfassende Zentralsteuerung und auch nicht freier Markt, sondern beides je nach der Natur des zu steuernden Sektors zugleich; nicht allumfassende Kontrolle und auch nicht Kontrollfreiheit, sondern Abstufungen aller Art, wobei mit zunehmender Annäherung an die Basis verstärkt Wirtschaftskontrakte eingeschaltet werden sollen. Ähnliche Gesichtspunkte tauchen bei der Preis- und der Organisationsstruktur auf.

Hier werden mehrere Denkprinzipien deutlich, nämlich erstens die bereits erwähnte "Philosophie der Mitte" mit ihrem Bestreben, jeden Sektor - nach Yin/Yang-Gesichtspunkten - in einem Gleichgewicht zueinander zu halten; zweitens der Gesichtspunkt der Sachhierarchie, der den im Organisationswesen durchgängigen Gepflogenheiten der Personalhierarchie entspricht und lange Zeit von einem umgekehrten Subsidiaritätsprinzip ausging (was

eine höhere Instanz erledigen kann, soll nicht der darunterstehenden zugesprochen werden), während heutzutage echte Subsidiarität wieder zum Durchbruch kommt (was immer von unteren Instanzen erledigt werden kann, soll nicht von höheren Stellen behandelt werden); drittens zeigt sich das Bestreben, wo immer möglich, direkte Eingriffe durch indirekte Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen zu ersetzen: Die im Zuge der Nachahmung des Sowjetmodells betriebene bürokratische Interventionspolitik, die von der Bevölkerung stets als anomal empfunden wurde, soll soweit wie möglich unterbleiben. Die Staatsbürokratie ist also gut beraten, sich das uralte Verhältnis zwischen Stadt und Dorf vor Augen zu halten und sich gegenüber dem "Dorf" auf solche Eingriffe zu beschränken, die nun einmal unumgänglich sind. Daß dieser Kurs der "Indirektheit" übrigens nicht nur philosophischer Art ist, sondern durchaus praktische Konsequenzen nach sich zieht, hat inzwischen die während der Mao-Zeit errichtete Dorfbürokratie zu spüren bekommen, die vor allem im Zuge der reformerischen "Entadministrierung" der Volkskommunen ihre Posten verloren hat. Mit der "Indirektheit" hängt es schließlich auch zusammen, daß der Durchschnittschinese Apparate der äußeren Kontrolle instinktiv ablehnt, daß er auf der anderen Seite aber ohne Widerstand "innere Kontrolle", d.h. permanente Erziehung in einer bestimmten Richtung, hinnimmt. Dies wurde vor allem in den fünfziger Jahren deutlich, als China die zunächst in Nachahmung der Sowjetunion allen wichtigeren Behörden separat und parallel geschalteten Kontrollbürokratien bereits beim VIII.Parteitag i.J. 1956 wieder abschaffte und durch Mechanismen der inneren Kontrolle (also der "permanenten Erziehung") ersetzte. Angesichts dieser inneren Kontrolle, die einerseits durch Indoktrination, hauptsächlich aber durch den sozialen Druck der Danweis erzwungen wird, hat es sich auch als überflüssig erwiesen, Geheimpolizeistrukturen aufzubauen. Unter allen "realsozialistischen" Staaten dürfte China wohl die "Gestapo"- bzw. "Stasi"-freieste Gesellschaft sein.

Nichteinmischung und Freiheit von "äußerer Kontrolle" dürften übrigens eine wichtige Determinante für die künftige Autonomisierung der Betriebe sein.

4.1.2.

...im ZK-Beschluß vom 20.Oktober 1984, der Magna Charta der Industriereform

Die zehn Punkte des Reformbeschlusses vom 20.Oktober 1984 sind sorgfältig auf Grundkonstellatio-

nen der "politischen Kultur" Chinas abgestimmt.

- Da ist einmal das Dorf als Reformvorbild der Städte - ein chinesisches Charakteristikum!
- Die in Punkt 2 aufgestellte Forderung nach weniger Staat entspricht dem oben erwähnten Grundsatz der Indirektheit. Im übrigen heißt es an dieser Stelle noch ausdrücklich, daß "Sozialismus nicht Pauperismus ist" - dies ist eine Ohrfeige sowohl für Stalin als auch für Mao Zedong.
- Auch die Betriebsautonomie als "Schlüssel für die Reform des Wirtschaftssystems" entspricht dem Grundsatz der Subsidiarität, der Indirektheit und der inneren Kontrolle.
- "Geplante Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" läßt sich dann realisieren, wenn von den vier Wörtern das erste und das dritte nicht allzu stark betont werden.
- Der Grundsatz, wirtschaftliche statt politische Preise zu fordern, entspricht dem Grundsatz der Indirektheit; freilich denkt die Großindustriebürokratie vorerst offensichtlich gar nicht daran, das zu ihren Gunsten wirkende Preissystem ändern zu lassen. Bezeichnenderweise begann die Preisreform i.J. 1985 auf drei Sektoren, die die Industriebürokratie nicht schmerzen, nämlich bei den Preisen für gewisse Getreidearten, für Schweinefleisch und für Nahverkehrsleistungen.
- "Management" statt Bürokratismus. Hier geht es vor allem um drei Prinzipien, nämlich die Trennung der Zuständigkeiten zwischen Regierung und Unternehmen, die Straffung der Verwaltungsorgane und die Dezentralisierung. Lange Zeit hatten die Behörden die einzelnen Industrieunternehmen direkt verwaltet. Werden sie künftig darauf verzichten wollen? Hier wirken zwei traditionelle Kräfte gegeneinander: Auf der einen Seite verlangt das Prinzip der "Indirektheit" eine Entbürokratisierung der Betriebe, auf der anderen Seite hat eine lange Tradition des Staatsmonopols dafür gesorgt, daß chinesische Bürokraten durchaus auch bei der Lenkung größerer Betriebe die Finger am Puls des Managements halten wollen. Dieser Teil des Reformbeschlusses dürfte also mit zu den Hauptkampfplätzen zwischen Reformern und Reformgegnern werden.
- "Verantwortlichkeit", Wettbewerb und Leistung - unter diesen drei Stichworten steht der siebte Abschnitt des Reformbeschlusses. Hier wurde erstens festgelegt, daß das Verhältnis zwischen den einzelnen Betrieben, aber auch zwischen Bürokratie und Betrie-

ben so weit wie möglich durch Verträge geregelt werden soll - dies ist nun allerdings eine Bestimmung, die ganz auf der Linie der chinesischen Tradition liegt: Man bevorzugte dort nicht abstrakte Vorschriften, sondern konkrete Ausformungen, und man nahm im Konfliktfall fast ausnahmslos Zuflucht zur Schlichtung sowie zum Aushandeln nach den Grundsätzen des "aequum et bonum". Auch die Anerkennung des Leistungsprinzips entspricht durchaus chinesischen Traditionen, besonders aber die Regelung, daß die Verteilung nicht mehr nach egalitären Gesichtspunkten erfolgen soll, daß also Gefälle grundsätzlich zuzulassen seien: "Einige Gegenden, Danweis und Einzelpersonen" sehen sich sogar offiziell aufgefordert, "zuerst reich zu werden", um dann die etwas langsameren Einheiten in einem gewaltigen Ruck nachzuziehen, sei es nun durch ihr gutes Vorbild (auch dies ein altkonfuzianischer Gedanke!) oder aber durch die ökonomischen Stimulantien, die von der Leistung protagonistischer Einheiten nun einmal ausgehen. Hier wird also dem Gedanken der Ungleichheit und der Hierarchie Rechnung getragen und damit ein (im chinesischen Kontext durchaus) erfolgverheißender Kurs eingeschlagen, dem sich die Maoisten so viele Jahrzehnte lang entgegengestemmt hatten.

- Punkt 8 fordert den wirtschaftlichen Pluralismus, also verschiedene Formen des Eigentums und der Zusammenarbeit sowie horizontale und vertikale Integrationsformen. Auch hier kehrt man also zu altvertrauten Strukturen zurück. Noch in den fünfziger und sechziger Jahren hatte man Wirtschaftsnetze, die sich in Jahrhunderten herausgebildet hatten, auf administrative Weise willkürlich zerrissen. Nun dürfen sie wieder entstehen: die alten Marktorte mit ihren Querverbindungen ins Hinterland und ihren wirtschaftsfreundlichen, weil bürokratiefreien Räumen. Auch der vertikale Zusammenschluß von Kleinbetrieben zu Großkooperativen ist den Chinesen nichts Neues.
- Die Ausbildung von Fachpersonal dürfte ebenfalls kaum auf Widerstände stoßen.
- Besonders interessant ist Punkt 10 der ZK-Resolution, der anordnet, daß die KP den Reformen sozusagen als brennender Dornbusch voranleuchten soll. Interpretiert man diese Aufforderung unter leninistischen Gesichtspunkten, so könnte man zu dem Ergebnis kommen, daß die KP hier zum Selbstmord aufgerufen wird, insofern sie nämlich daran mitwirken soll, die chinesische

Gesellschaft nicht etwa hin zum Sozialismus und zum Kommunismus, sondern vielmehr weg von beiden zu lenken. Bringt man diesen Satz dagegen unter das alte Mandarinschema, so erkennt man sogleich, daß hier eigentlich eine traditionelle Fährte verfolgt wird. Immer schon war es ja Aufgabe des - im allgemeinen von "Generalisten" besetzten - Mandarins, lediglich die Globalsteuerung zu besorgen, die Details also den Spezialisten zu überlassen und in den Mechanismus nur dann hineinzugreifen, wenn es dort zu größeren Fehlsteuerungen kam.

Punkt 10 der Resolution, der prima facie am meisten zum Kopfschütteln veranlassen könnte, erweist sich also beim zweiten Hinsehen als der vielleicht geschickteste Schachzug der Reformer. Die KP, von der Bevölkerung lange Zeit als lästiger Intervenant und als Verletzer grundlegender politikultureller Werte empfunden (man denke an den von ihr proklamierten Egalitarismus, an ihre so systematisch betriebene Strategie des Gesichteverlusts durch Kritik und Selbstkritik etc.), wird hier plötzlich wieder zum Inspirator eines politischen Kurses, der der Mehrheit der Bevölkerung spontan sympathisch ist.

Bleibt sie bei diesem Kurs, so bedarf sie in Zukunft nicht mehr "fremdartiger" marxistischer Legitimierungsversuche, sondern wird von der Bevölkerung "auch so" in ihrer Führungsrolle anerkannt, wobei sie allerdings den oben genannten Grundprinzipien (Gleichgewichtigkeit, Sachhierarchie, Subsidiarität, Indirektheit und innere Kontrolle) Rechnung zu tragen hat. Eine in diesem Sinne handelnde Partei wird von der Bevölkerungsmehrheit mühelos akzeptiert, da er nicht mehr als fremd, sondern - eben - als Erbin vertrauter Strukturen empfunden wird.

Einer solchen Partei (oder sollte man hier nicht besser von "Mandarins" sprechen?) wird auch das Recht auf Planwirtschaft zugebilligt, soweit diese Pläne Leit- und nicht etwa Imperativcharakter aufweisen. Auch gegen ihre ideologische Vormundschaft wird es keine Einwände geben, wenn die Ideologie autochthonen Charakter hat.

Wovon sie sich andererseits hüten muß, sind willkürliche Eingriffe ins wirtschaftliche Gleichgewicht (etwa durch Bevorzugung der Schwerindustrie per Brechstange) oder aber in Sachfragen, die von den betreffenden Grundeinheiten besser selber erledigt werden können. Abstrakter ausgedrückt kann man also sagen, daß eine KP, die

die Autonomie der Danweis respektiert und die sich auch im Trans-Danwei-Bereich keine schweren Fehlgriffe erlaubt (man denke hier an die erwähnte Überbevorzugung der Schwerindustrie), von der chinesischen Bevölkerung ohne Bedenken akzeptiert wird.

Es ist ohnehin schwer genug, ein Land mit so vielen verschiedenen Landstrichen, Völkern, Sprachen und Gefällestufen einigermaßen reibungslos zu verwalten. Wenn sich künftige Führungen das Leben nicht unerträglich schwer und die Gesamtproblematik damit vielleicht unlösbar machen wollen, wären sie gut beraten, den "sanftesten" Weg zu gehen und jenen traditionsreichen politkulturellen Mustern, wie sie eben in groben Umrissen angedeutet wurden, Rechnung zu tragen. Das Scheitern der maoistischen "Großen Sprünge" hat gezeigt, wie hoch der Preis ist, wenn man partout den Weg einer "permanenten Revolution" gehen und damit ein Milliardenvolk "gegen den Strich bürsten" will. Der passive Widerstand ist dann gleichsam vorprogrammiert!

4.2.

Metakonfuzianische Werte

Mit der Aufzählung gewisser "Werte" wie Gleichgewicht, Hierarchie, Subsidiarität und Indirektheit ist der Vorrat an metakonfuzianischen Traditionen freilich noch lange nicht erschöpft. Verwiesen sei hier auf die im ersten Teil dieser Studie (C.a., Mai 1985, S.313 ff.) enumerierten "Tugenden", die hier lediglich noch einmal stichwortartig beim Namen genannt seien, nämlich Hierarchie, Gesicht, Korporativität, Einordnungsbereitschaft, Dogma, "Machbarkeit", "Vergangenheit", "EINE Welt, Leistung, Sparsamkeit und Korporativität". Gerade im Zeichen des zuletzt genannten Begriffs wurde dort auch ausgeführt, daß eine "klientelisierende" Zusammenarbeit zwischen Bürokratie und "Industrie" nach dem japanischen oder taiwanesischen Schema für die Zukunft durchaus nicht ausgeschlossen ist.

4.3.

In welche Richtung sich die Reformen bewegen:

Das Sun Yixian-Modell

4.3.1.

Ähnlichkeiten volksrepublikanischer und taiwanesischer Denkmuster

Wie sehr sich volksrepublikanische und taiwanesischen Denkmuster gleichen, sei noch durch zwei kurze Streiflichter auf Schlüsselsituationen in Taiwan verdeutlicht. Dort galt es in den Jahren 1950 und 1958, Grundsatzentscheidungen über den einzuschlagenden Wirt-

schaftskurs zu fällen. Dabei entschied man sich 1950 für eine Strategie der Importsubstitution, 1958 dagegen für eine Strategie des Übergangs zur Exportförderung. An die Situation Anfang der fünfziger Jahre machte sich die Führung in Taibei in folgenden Denkschritten heran: Für die künftige Industrieentwicklung standen - so die damaligen Überlegungen - zwei grundsätzliche Möglichkeiten zur Debatte: (a) Soll sie mehr außen- oder mehr binnenmarktorientiert sein? (b) Soll bei der Entwicklung die Schwerindustrie oder aber die Leichtindustrie bevorzugt werden? Nach einer Analyse der Situation entschied sich die Regierung in Taibei für folgende Stufenlösung: Zuerst solle die Industrie für den Binnenmarkt produzieren und sich erst dann, wenn das Nachfragepotential des Binnenmarkts ausgeschöpft wäre, hauptsächlich auf den Außenmarkt hin orientieren (zu a). Ähnlich solle, Schritt für Schritt, in der Frage (b) vorgegangen werden, indem nämlich zunächst die Leichtindustrie und erst dann die Schwerindustrie voranzutreiben sei. Entsprechend wurde sodann die Politik der Importkontrolle, des Zolls und der Devisenbewirtschaftung instrumentiert (44).

Der Plan, zunächst die Leichtindustrie zu entwickeln und mit ihren Produkten entsprechende Einfuhren aus dem Ausland schrittweise zu ersetzen, war Kern der in den nächsten Jahren betriebenen Importsubstitutionspolitik.

Als sich Ende der fünfziger Jahre Sättigungserscheinungen auf dem Binnenmarkt bemerkbar machten und eine Verlangsamung der Produktion nötig wurde, entschloß sich die Regierung zu einem Kurswechsel in ihrer Wirtschaftspolitik. Nachdem wieder die typischen Entweder-Oder-Überlegungen stattgefunden und Entscheidungen im Sinne der jeweiligen "Mitte" getroffen worden waren, wurde eine Strategie der Exportförderung verkündet. Zu diesem Zweck beendete die Regierung die bis dahin verfolgte Linie der "Entwicklung der Industrie mit Hilfe landwirtschaftlicher Unterstützung und Erweiterung der Landwirtschaft durch Hilfe von Seiten der Industrie" und leitete statt dessen eine Politik ein, die unter dem Motto "Entwicklung der Landwirtschaft durch Unterstützung seitens der Industrie und Expansion der Industrie durch Förderung der Exporte" zur neuen Leitlinie (45) wurde. Die Industrie sollte also fortan nicht mehr auf Kosten der Landwirtschaft hochgepöppelt werden, sondern sich das Rüstzeug aus dem Export holen.

Die Linie von 1950 war fast wort-

wörtlich identisch mit dem Kurs, wie er von der VR China noch heute verfolgt wird. Möglicherweise erscheint der Führung in Beijing eines Tages auch der zweite Kurs nachahmenswert.

"Sozialismus" hin, "Kapitalismus" her - die Überlegungen diesseits und jenseits der Taiwan-Straße sind nicht so weit voneinander entfernt, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte.

4.3.2.

Künftige Strukturen

Noch auf lange Zeit wird die Modernisierung das Hauptziel der VR China bleiben. Diesem Ziel können, wie oben bereits mehrfach erwähnt, nur solche Strukturen und Mechanismen dienen, die möglichst reibungslos funktionieren, die also m.a.W. der politischen Kultur Chinas entsprechen.

Hier nun könnte das "Modell Taiwan" der Beijinger Führung nützliche Hinweise geben.

Das Wirtschaftssystem Taiwans weist folgende grundlegende Ordnungselemente auf, die sich durchweg an der Gesellschaftsphilosophie Sun Yixians (Sun Yat-sens) orientieren:

4.3.2.1.

Eigentumspluralismus: Privateigentum und antikapitalistische Tradition als - widersprüchliche - Zukunftsvorgaben

Das Wirtschaftssystem der "Drei Volksprinzipien" (sanmin zhuyi) gestattet Privateigentum und fördert ein Nebeneinander von öffentlichen und privaten Unternehmen. Sun Yixian, der sich bei seinen Entwürfen intensiv mit der chinesischen Tradition befaßt und versucht hat, diese Erbschaft mit westlichen Gepflogenheiten in Übereinstimmung zu bringen, will öffentliche Unternehmen auf drei Typen beschränkt wissen, nämlich auf Unternehmen mit Monopolcharakter, auf Unternehmen, die zur Aufrechterhaltung des Wohls der Allgemeinheit und der nationalen Verteidigung unentbehrlich sind und drittens auf Unternehmen mit einem für Privatbesitz zu großen Kapital. Alle anderen Unternehmen sollen in Privathand bleiben - so weit die theoretische Grundlage für die öffentlichen Unternehmen, denen zufolge sich in Taiwan heute folgende Betriebe in Staatseigentum befinden: Die "Taiwan Power Co.", die "China Petroleum Co.", die "Taiwan Sugar Corp." und die "Taiwan Fertilizer Co.". Diese öffentlichen Unternehmen sind meist in Form von Aktiengesellschaften organisiert, sie besitzen das Monopol für die Stromerzeugung, Erdöl-, Zucker- und Chemiedüngemittel-Produkte, und ihre Preise wer-

den von der Regierung festgelegt.

Diese Abgrenzung zwischen Staatsmonopol und Privatbetrieben entspricht der bis auf die Han-Zeit zurückgehenden "Monopoltradition", die im Laufe der Zeit zwar zeitweilig in Frage gestellt, aber am Ende doch immer wieder praktiziert wurde, und die sich wie ein roter Faden durch die chinesische Wirtschaftsgeschichte zieht.

Der Antikapitalismus hat in China also eine schon von Spinnweben umgebene Tradition.

Sowohl durch die chinesische Überlieferung als auch durch die Entwürfe Sun Yixians zur Kapitallenkungs politik zieht sich wie ein roter Faden der Grundgedanke, daß zwar grundsätzlich Privateigentum an den Produktionsmitteln bestehen soll, daß aber "Disproportionen" stets durch obrigkeitliche Kontrolle wieder zu korrigieren sind. Jede Konzentration von Kapital ist also staatlicherseits unter Kontrolle zu halten. Es war einer der schwersten Fehler der Guomindang-Politik in den dreißiger Jahren, daß sie gewaltige Kapitalballungen in den Händen einiger großer Familien zuließ, die mit Spitzenpolitikern obendrein in einem Verwandtschaftsverhältnis standen. Auf diese Weise kam jener "bürokratische Kapitalismus" zustande, der den Kommunisten als willkommenes Zielscheibe diente und der nicht wenig zum Zusammenbruch der Guomindang beitrug.

Im China der Reformen bleiben die Großbetriebe in Staatseigentum und damit unter staatlicher Kontrolle. Dagegen ist vom politkulturellen Wertesystem Chinas her nichts einzuwenden. Man kann jedoch damit rechnen, daß eine zu starre staatliche Kontrolle nach und nach abgebaut wird: Zwar spricht nichts dafür, daß es zu Reprivatisierungen von Großorganisationen kommt, doch wird die Autonomisierung der einzelnen Einheiten, zum Teil aber auch die Klientelisierung der Bürokratie durch das Management (bzw. umgekehrt) dazu führen, daß zusätzliche wirtschaftliche Kreisläufe entstehen und daß das nach außen hin staatliche Eigentum hinter der Fassade mit Mechanismen angereichert wird, die den "volkseigenen Betrieb" am Ende einem "kapitalistisch" geführten Betrieben ähnlich werden lassen. Dieses Abrücken von stalinistischen Methoden der Wirtschaftsverwaltung wird ganz gewiß verschämt-stillschweigend vor sich gehen - aber es wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit stattfinden.

4.3.2.2.

Marktwirtschaft mit partieller Preiskontrolle

Grundsätzlich bestimmen sich die Preise zwar nach Angebot und Nachfrage. Der Staat greift überhaupt nur dann ins Marktgeschehen ein, wenn es zu stabilitätsgefährdenden Verzerrungen kommt. Außerdem bestehen für einige Güter, wie oben erwähnt, Monopolpreise, und schließlich gibt es bestimmte Besonderheiten beim Grundnahrungsmittel Reis. Um hier die Versorgung unter Kontrolle zu halten, erhob der Staat auf Taiwan längere Zeit die Bodensteuer nicht in Geld, sondern in Form von ungeschältem Reis. Auch chemische Düngemittel, die ja unter Staatsmonopol stehen, werden prinzipiell nur gegen ungeschälten Reis abgegeben. Da die Regierung überdies ihre Angestellten zum Teil nicht mit Geld, sondern mit Deputaten entlohnt, erhält sie eine dritte Handhabe für die "Reis-Kontrolle".

Die Reformer in der Volksrepublik sind dabei, sich dieser Preisregulierungspolitik zu nähern. Die Preisreformen, die 1985 begannen, setzten bei bestimmten Getreidearten, bei Schweinefleisch und bei den Tarifen für Nahverkehrsmittel ein, wo immer mehr Marktgesichtspunkte zugelassen werden, und sollen in Zukunft auch auf andere Gütergruppen übergreifen. Preisfreigabe kann freilich nur in dem Maße erfolgen, als keine Warenengpässe mehr bestehen.

Das Interesse der Großindustriebürokratie an bestimmten Monopolpreisen wäre mit dem Sun'schen Simultansystem von Monopol- und Marktpreisen durchaus vereinbar. In der Volksrepublik China, wo nun einmal sämtliche wichtigen Industrien in Staatseigentum stehen, würde der Monopolpreis allerdings in vermutlich mehr Sektoren angesetzt als in Taiwan.

Vom Prinzip her läßt es sich aber durchaus vorstellen, daß die Aufteilung zwischen Markt- und Monopolpreisen sowie die Schaffung von "Zwischenkonstruktionen" a la "Düngemittel gegen Reis" in der Volksrepublik ebenfalls realisierbar wäre.

4.3.2.3.

Wirtschaftsplanung und Globalsteuerung

Seit 1953 werden in Taiwan Vierjahrespläne aufgestellt, die, wie in der vorliegenden Serie bereits betont (C.a., Mai 1985, S.309 f.), einerseits schon im Vorstadium höchst basis- und ausführungsorientiert aufgestellt werden und die andererseits nur Orientierungsdaten enthalten, also nicht unmittelbar verbindlich sind und deshalb - in Fühlungnahme mit der

Basis - stets auch korrigiert werden können.

In der Volksrepublik zeigen sich auch hier Konvergenzerscheinungen: Die Wirtschaftsplanung tendiert seit Anfang der achtziger Jahre immer mehr zu bloß makrowirtschaftlichen, rahmenhaften und monetären Vorgaben. Preise, Kredite, Löhne und andere auf Marktkonformität hinwirkende Mechanismen sind auf dem besten Weg, den Plan als eigentlichen "Hebel" an die zweite Stelle zu rücken. Nicht zuletzt aber zeigt sich eine Tendenz, derzufolge horizontale Kooperationsformen gegenüber der vertikalen Lenkung immer mehr an Einfluß gewinnen. Der Primat der Politik wird in der Wirtschaft zunehmend durch den "Primat der Ökonomie" (manchmal spricht man auch von "Primat der Produktivkräfte") in den Hintergrund gedrängt.

Bei der Festlegung von Plänen freilich wird es bleiben - sind sie doch ein Ausdruck jener Wirtschaftsbürokratie, von der man gerade in China mit Begeisterung Gebrauch macht. Von der stalinistischen Tradition dürfte es aller Erwartung nach zwei große Abweichungen geben: Die Planung bleibt erstens nicht auf eine einzige Planungsbehörde konzentriert, und sie wird zweitens nicht mehr bis zur Mengen-, Sortiments- und Qualitätsfestlegung gehen können, sondern rahmenhafter werden müssen. Der Rahmen ist sozusagen ein Urmuster der chinesischen Verwaltung. China wird auch weiterhin auf der Suche nach einem Kompromiß zwischen (bürokratischer) Transdanwei-Intervention einerseits und Danwei-Unabhängigkeit andererseits sein. Das Ergebnis dürften am Ende - wieder einmal! - Rahmenvorgaben sein, innerhalb derer maximale Danwei-Entfaltung möglich ist. Inakzeptabel auf längere Frist wären vor allem drei "Interventions"-Formen "von oben", nämlich Planvorgaben bis in die Mikroreich hinein, "Verwertung" der Danwei-Organen als bloß verlängerter Arm der zentralen Planungs bürokratie und, drittens, Dominanz der Gebrauchswertproduktion in dem Sinne, daß nur politische Präferenzen, nicht aber Marktgesichtspunkte vorherrschen. Tolerierbar sind m.a.W. nur monetäre Vorgaben, also Kennziffern statt natürlicher Größen. Der Preis hat (neben Zinsen, Krediten und Löhnen) gute Chancen, zum wichtigsten zentralen Steuerungsinstrument der staatlichen Planungsbürokratie zu werden.

Die Gebrauchswertorientierung scheint der Vergangenheit anzugehören; der Tauschwert dominiert! Damit aber kommen anstelle politisch gesetzter Präferenzen wieder die "Fremdbestimmungsfaktoren" des

"Markts" ins Spiel.

Makrorahmen mit monetären Vorgaben im Trans-Danwei-Bereich, Eigenständigkeit der Danwei-Organen, Tauschwertorientierung, Profitmaximierung, Verlustminimierung und Konkurrenz werden voraussichtlich die Hauptelemente einer künftigen volksrepublikanischen Planungspolitik sein.

4.3.2.4.

Tendenz zur Liberalisierung der Bank- und Zinspolitik

Bis 1980 wurden sowohl die Kredit- als auch die Einlagenzinssätze der Geldinstitute von der Regierung festgelegt - es gab m.a.W. keinen freien Wettbewerb der Privatbanken mit billigen Zinsen. Seit 1980 trat hier eine Änderung ein: Die Regierung läßt über die "Central Bank of China" nunmehr die Redis-kontsätze vorschreiben. Innerhalb dieses Rahmens können die einzelnen Geldinstitute dann gemäß den Marktgesetzen höhere oder niedrigere Kredit- und Einlagezinssätze festlegen.

Bis es in der VR China soweit ist, wird allerdings noch einige Zeit vergehen. Immerhin sind schon erste Schritte in dieser Richtung getan. Jahrzehntlang herrschte das Zuweisungssystem, das jedoch inzwischen durch das (reformerische) Kreditsystem verdrängt worden ist. Die Banken sind m.a.W. nicht mehr nur Zahlstellen der Ministerien, sondern erfüllen gegenüber den Betrieben zunehmend eigenständige Kreditvergabeaufgaben. Außerdem wurde der Chinesischen Volksbank mit Gesetz vom Oktober 1983 auch eine Zentralbankfunktion zugewiesen, die es ihr ermöglicht, eine vielfältig instrumentierte Geldmengenregulierung zu betreiben. Bezeichnend für das chinesische "Gleichgewichts"-Denken ist hier übrigens die Formel "4, 5 und 8". Damit ist gemeint, daß jedem einzelnen Yuan in der Umlaufsphäre 4 Yuan an angekauften Landwirtschaftsprodukten oder aber 5 Yuan an Waren gegenüberstehen sollten; ferner sollte das Verhältnis der (Bar-)Geldmenge zum Einzelhandelsumsatz bei 1:8 liegen. Dies wären m.a.W. die "Normalrelationen", deren Überschreitung in der einen oder anderen Richtung die Warnlichter aufleuchten lassen sollten. Allerdings hat es hier im Laufe der Zeit immer wieder Verschiebungen gegeben (46).

Einstweilen sind die Kredit- und Einlagezinssätze für die verschiedenen Banken (Industrie- und Handelsbank, Landwirtschaftsbank, Volksaufbaubank usw.) (47) noch jeweils einheitlich festgelegt. Dies könnte sich jedoch, im Zuge wachsenden Wettbewerbs, eines Tages durchaus ändern, so daß sich

die Volksrepublik dann auf einer ähnlichen Linie befände wie dies bei Taiwan seit 1980 der Fall ist.

4.3.2.5.

Devisenbewirtschaftung und Devisenkontrolle

Seit den frühen fünfziger Jahren werden in Taiwan die Devisen zentral bewirtschaftet, d.h. es sind alle aus dem Export erzielten Devisen bei den staatlichen Banken abzuliefern und - umgekehrt - zum Zweck der Bezahlung von Importen wieder abzurufen, wobei eine Genehmigung erteilt werden muß.

Es heißt fast offene Türen einrennen, wenn man darauf hinweist, daß auch in der Volksrepublik strenge Devisenkontrolle herrscht. Zuständig ist dort die "Staatliche Verwaltung für Devisenkontrolle", die fachlich der Chinesischen Volksbank untersteht und die ihrerseits die (für Außenhandelsgeschäfte zuständige) Bank of China beaufsichtigt. Nach einer Entscheidung dieser "Staatlichen Verwaltung für Devisenkontrolle" haben neben der Bank of China nicht weniger als sieben Treuhands- und Investitionsgesellschaften das Recht erhalten, in eigenem Namen Devisengeschäfte zu tätigen, und zwar die CITIC sowie die entsprechenden lokalen Treuhands- und Investitionsgesellschaften aus Shanghai, Tianjin, Guangdong, Fujian usw., die sich vorwiegend mit Devisen- und Investitionsgeschäften, Anlagegeschäften im Ausland und der mit Verwaltung ausländischer Devisen anleihen befassen. Sie fungieren auch als Garanten für Devisen anleihen im Ausland, Ausschreibungsverfahren und die Erfüllung von Verträgen.

Im Mai 1985 unterzeichnete die Bank of China in Frankfurt mit zehn deutschen Banken ein Abkommen über die Emission chinesischer Schuldverschreibungen im Werte von 150 Mio. DM, um auf diese Weise Geldmittel für die Modernisierung Chinas auf dem europäischen Kapitalmarkt aufzubringen (dazu C.a., Juni 1985, S.366).

Ähnlich wie in Taiwan wird es auch in der Volksrepublik bei der staatlichen Devisenkontrolle bleiben. Allerdings wird sich hier im Zuge der weiteren Reformen vermutlich eine rasche Dezentralisierung ergeben. Vor allem wird jede Provinz mit einer eigenen "ITIC" versuchen, an die begehrten ausländischen Gelder heranzukommen, um sich auf diese Weise verstärkt in eigener Regie mit Gütern vom Weltmarkt eindecken zu können.

4.3.2.6.

Systematische Förderung ausländischer Investitionen

Schon seit Ende der fünfziger Jahre sind die "Exportverarbeitungs-zonen" (jiagong chukou) zu einem wichtigen Bestandteil, ja zu einer Art Schwungrad der taiwanesischen Wirtschaft geworden. Am 30. Januar 1965 erging dazu schließlich ein Gesetz, bestehend aus 27 Paragraphen, das, wie ein Vergleich zu den chinesischen Wirtschafts-sonderzonensatzungen zeigt, diesen offensichtlich als Vorbild gedient hat (48).

Es ist ein altes chinesisches Prinzip, ausländische Sonderzonen auf eigens dafür ausgewiesenen Gebieten zu gestatten, wobei allerdings dafür gesorgt wird, daß diese Zonen von hohen "administrativen Zäunen" umgeben sind. Dies zeigte sich schon beim Canton-System, das bis 1840 in Geltung war, und wiederholt sich in besonderer Strenge auf volksrepublikanischem Gebiet. In Taiwan soll die EVZ vom übrigen Gebiet streng abgeschlossen und vom Zoll überwacht werden; insbesondere darf dort nur ausgewähltes Personal leben. Verstöße dagegen sind strafbar (§§ 19, 20). Ferner sorgt die Exportklausel (§ 5 des genannten Gesetzes) dafür, daß grundsätzlich sämtliche in den EVZ produzierten Güter ausgeführt werden müssen, widrigenfalls harte Strafen verhängt werden können (§ 23). Außerdem wurde auch in Taiwan eine eigene EVZ-Verwaltung gegründet (§ 7), die im Grunde als "Mädchen für alles" dient, von der Registrierung, Inspektion und Koordination über Steuereintreibung, Zollinspektion und Postwesen bis hin zur Schmuggelbekämpfung (§§ 8, 9). Maschinen, Rohmaterialien und Halbfertigwaren, die von den Exportunternehmen für ihre besonderen Zwecke eingeführt werden, bleiben zoll- und steuerfrei (§ 13). Maschinen und Rohmaterialien andererseits, die von der Inselwirtschaft selbst an die EVZ-Unternehmen geliefert werden, gelten als Exportwaren im begünstigten Sinn (§ 14).

Vergleicht man EVZ- und volkschinesische WSZ-Politik miteinander, so geben sich enge Parallelen - dies auch insofern, als beide mit ihren Sonderzonen gerne als "Investitionsparadies" gelten möchten und de jure (Taiwan) oder aber de facto (Volksrepublik) Streiks verbieten, um den "Investitionsfrieden" aufrechtzuerhalten.

Die Ähnlichkeit der Wirtschafts-sonderzonenpolitik mit der EVZ-Praxis Taiwans zeigt, daß auch die Volksrepublik hier inzwischen einen "chinesischen Weg" gefunden hat, der, wie man den Versicherun-

gen führender Reformen glauben darf, ganz gewiß langfristig angelegt ist.

4.3.2.7.

Ackerland im Privateigentum

Die wichtigste wirtschaftspolitische Leitlinie Sun Yixians stand unter der Parole "Das Land dem Pflüger", wobei Sun ebenfalls einer altchinesischen Tradition Rechnung trug: Die längste Zeit der Geschichte war der chinesische Bauer grundsätzlich Eigentümer der von ihm bestellten Flächen; erst gegen Ende der jeweiligen Dynastien kam es zur Grundstückskonzentration in der Hand von Latifundienbesitzern, wodurch letztlich wiederum das Bauernelend und damit jene großen Umwälzungen ausgelöst wurden, die im Durchschnitt alle 300-400 Jahre über das Land hinweggingen. Auch am Ende der Qing-Dynastie, als Sun Yixian seine ersten politischen Programme entwarf, war es gerade wieder zu einer solchen Ansammlung des Bodens in der Hand einer verhältnismäßig kleinen Schicht von Grundbesitzern gekommen. Suns Parole spiegelte deshalb nicht nur strukturelle Gegebenheiten der chinesischen Geschichte wider, sondern erhielt zusätzliche Aktualität durch eine höchst brisant gewordene "Denormalisierung" der Grundbesitzverhältnisse.

Die Guomindang, die sich dem Erbe Suns verpflichtet fühlt, konnte ihre Bodenreformprogramme allerdings, teils infolge von Versäumnissen, teils wegen des japanischen Angriffs auf China, erst mit erheblicher Verspätung realisieren, nämlich zwischen 1949 und 1953 auf Taiwan. Es war dies die einzige durchgreifende und erfolgreiche Bodenreform in Asien überhaupt.

Ein Leitmotiv der Sun'schen Bodenpolitik ist die Verhinderung der Bodenspekulation, die schon im alten China als eine Art Sakrileg galt, weshalb gerade für den Schutz des im bäuerlichen Leben Chinas existenziellen Produktionsfaktors Boden im Laufe der Zeit ein breiter Fächer von gewohnheitsrechtlichen Schutzbestimmungen entstanden war (49). "Der Boden darf nicht zur Ware werden" - dies ist der Leitgedanke, der sowohl der Sun Yixian'schen als auch der nach 1950 eingeschlagenen sinokommunistischen Politik gemeinsam war. Der Unterschied zwischen beiden bestand lediglich darin, daß Sun Yixian grundsätzlich Privateigentum an Grund und Boden forderte, während die KPCh auf Kollektivierung bestand.

Inzwischen ist deutlich geworden, daß sich die bodenpolitische Philosophie der Reformen den Vorstel-

lungen Suns anzunähern beginnt; wird doch das (formaljuristische) Gemeineigentum an Boden zum Teil durch Verpachtung an die Haushalte und zum Teil durch Autonomisierung der einzelnen Einheiten immer mehr seines gesamtheitlichen (d.h. "kollektiv"-bezogenen) Charakters beraubt.

Durch die chinesische Sozial- und Rechtsgeschichte ziehen sich drei große Widersprüche der Steuer/Bodenpolitik wie ein roter Faden, nämlich das Tauziehen zwischen Staats- und Privateigentum, zwischen hoheitlicher Zuteilung von Grundstücken und freiem Handel mit ihnen sowie zwischen Mehrfachsteuern und Einheitssteuer (50). Die konfuzianische Theorie betrachtete im Anschluß an die Rechtszustände der vorausgegangenen Zhou-Zeit allen Grund und Boden als Zuteilungsmasse, die im Obereigentum des Königs stand und deshalb durch Belehnungsakte zugeteilt werden müsse. Demgegenüber befürwortete die für eine rationale Bodenbewirtschaftung plädierende Schule der Legisten (Fajia) das Privateigentum an Grundstücken und den freien Verkauf. Der "Widerspruch" zwischen hoheitlicher Zuteilung und freier Verfügbarkeit an Grund und Boden war eine der Konsequenzen, die sich aus diesen so diametralen Eigentumsauffassungen ergaben. Die konfuzianische Schule trat für eine hoheitliche Verteilung des Bodens ein, und zwar nach den Grundsätzen der Parität. Sie vertrat m.a.W. das Programm einer "gleichmäßigen Landverteilung" (juntian), das sicherstellen sollte, daß möglichst jede Bauernfamilie ausreichend Grund und Boden zugeteilt erhielt. Das offizielle China versuchte dieses Zuteilungsprinzip immer wieder bis in die Tang-Zeit hinein zu verwirklichen, gab dann allerdings resigniert den Kampf gegen die Bodenprivatisierung auf. Erst die kommunistische Revolution verhalf im 20. Jahrhundert dem alten Juntian-Gedanken in modifizierter Form zur Wiederauferstehung.

Da in der chinesischen Geschichte das Privateigentum an Grund und Boden noch allemale über die "gleichmäßige Zuteilung" triumphiert hat, ist zu erwarten, daß sich dieser Wechsel auch diesmal, im 20. Jahrhundert, wiederholt. Daß diese Vermutung nicht abwegig ist, zeigen die in der vorliegenden Analyse nun schon mehrfach erwähnten Tatbestände einer stillschweigenden Aushöhlung des (offiziell juristischen) Kollektiveigentums an Grund und Boden.

In Taiwan wie in der Volksrepublik gibt es zwei Arten von Grundeinheiten, zwischen denen auch in Zukunft ein Tauziehen um Bodeneigen-

tums-, Bodenbesitz- und Bodenverfügungsrechte stattfinden wird, nämlich auf der einen Seite dem Dorf, also der Danwei, und auf der anderen Seite dem Haushalt (hu).

Im Jahre 1958 war versucht worden, die Volkskommune zur grundlegenden Produktions- und Konsumeinheit zu konstituieren - ein Anlauf, der scheitern mußte, weil er eine zu unüberschaubare Menschenzahl (von manchmal bis zu 20.000 Mitgliedern) umfaßte und weil überdies nicht die erforderliche Infrastruktur vorhanden war, um die neue Mammuteinheit zusammenzuhalten. Es erfolgte deshalb schon Anfang der sechziger Jahre ein Rückzug Schritt um Schritt, bis die Entwicklung schließlich wieder bei der Produktionsmannschaft angelangt war, die vom normalen Dorfbewohner als eigentliche Danwei angesehen wird; die PM wurde von jetzt an grundlegende Produktions- und Verrechnungseinheit.

Mit dem Beginn der Reformen und der Einführung des Kontrakt- sowie des Verantwortlichkeitssystems "rutschte" die grundlegende Produktions- und Konsumeinheit noch eine Stufe tiefer, nämlich bis zum Haushalt. Damit war eine weitere "Taiwan-Parallele" entstanden.

Dabei muß es freilich nicht bleiben. Es gibt genügend Spielraum, um die Haushalte wieder zu größeren Einheiten im Wege - nunmehr freiwilliger! - Kooperationsverbände zusammenzuschließen, wobei es keine Rolle spielt, ob ein solches Bündnis genossenschaftlichen Zuschnitts ist oder einen anderen Mischcharakter aufweist.

4.3.2.8.

Die politische Verfassung

Was die politische Verfassung anbelangt, so entwickelte Sun seine Lehre von den "Vier Volksrechten" und den "Fünf (Regierungs-)Gewalten". Die ersteren umfassen das Wahl-, Abberufungs-, Initiativ- und Referendumsrecht, die fünf Gewalten andererseits bestehen aus den drei auch im Westen bekannten Gewalten der Exekutive, der Legislative, der Judikative und werden ergänzt durch zwei traditionell chinesische "Gewalten", nämlich durch die "Prüfungs-" und die "Überwachungs"-Gewalt - erstere hat von ihrem geschichtlichen Hintergrund her mit den traditionellen Beamtenprüfungen zu tun, letztere mit der politischen Moral in der Amtsausübung der Beamten - steht also in der Tradition des kaiserlichen "Zensorats".

Die vier Volksrechte sind höchst formal und räumen dem "Volk" de facto genauso wenig an Partizipationsrechten ein, wie es in der sinokommunistischen Praxis der

Fall ist.

Sowohl hier als auch bei den fünf Gewalten bestehen Berührungspunkte zwischen Beijing und Taipei.

Beide sind sich auch darin einig, daß der Staat nach den Prinzipien des Zentralismus ausgerichtet sein muß - so war es immer schon in der Geschichte und so soll es auch bleiben. Dies läuft letztlich auf ein umgekehrtes Subsidiaritätsprinzip hinaus: Alle Aufgaben, die von der Zentralregierung wahrgenommen werden können, sollen dieser zufallen. Hier wie dort ist man sich freilich darüber einig, daß dieses Prinzip flexibel gehandhabt und hauptsächlich "personalistisch" interpretiert werden soll: Personen sind hier wie dort wichtiger als Organisationen und Statuten.

4.3.2.9. Führungsorgane und Kader

Es sei daran erinnert, daß nicht nur die KP, sondern auch die Guomindang nach leninistischem Schema aufgebaut wurde - immerhin waren es ja Kominternberater, die zu Beginn der zwanziger Jahre die Guomindang durchorganisiert haben.

Die KP wird bestehen bleiben; ist sie doch ein Ersatzmandarinat. Es ist jedoch zu erwarten, daß sie über längere Frist immer "guomindangähnlicher" und "mandarinärer" wird und die Führung von Entwicklungen übernimmt, die - weit davon entfernt, zum "Sozialismus" hinzuführen - sogar von ihm weglenken.

Nichts spricht ferner dagegen, daß auch die Bürokratie einen sicheren Platz im China der Zukunft hat. Ein Kernproblem wird die Gesetzesbindung vor allem der Parteibürokratie sein.

Es gebe stets, wie betont wird, Leute, die sagen: "Wir haben alles geschaffen zwischen Himmel und Erde, wir sind das Gesetz. Dieses Gesetz befolgen wir oder wir befolgen es nicht". Ein alter chinesischer Spruch lautet "Wer ist größer, der Landrat oder das Gesetz?" Schon eine solche Fragestellung zeugt von Arroganz. Auch die Partei habe sich künftig der Gesetzesherrschaft zu beugen.

Eines der von den Reformern vorgeschlagenen Mittel zur "Demokratisierung" ist ja, wie erwähnt, die Ersetzung der bisherigen "Menschenherrschaft" durch "Gesetzesherrschaft".

In diesem Zusammenhang erhebt sich vor allem die Kaderfrage. Seit Jahrhunderten fühlt sich die politische Elite Chinas nicht an Gesetze, sondern an ethische Normen gebunden, und es galt als ausge-

macht, daß das Wohlergehen des Volkes von der Tugendhaftigkeit des Herrschers abhängt.

Zwar gab es gewisse Kontrollen gegen Willkür, so z.B. das Zenserratssystem, die gegenseitige Kontrolle der Amtsträger, das Verbot, an der Spitze einer Provinz "Eingeborene" zu beschäftigen, die häufige Rotation zwischen Zentrale und Außenstellen sowie Loyalitätsverpflichtungen gegenüber der Zentrale; doch war diese Kontrolle nicht so institutionalisiert, daß man sie notfalls erzwingen konnte.

Das ganze Kontrollsystem stand und fiel mit anderen Worten weitgehend mit der Selbstkontrolle der Herrschenden - eben mit ihrer "Tugend". Kamen sie dieser Selbstkontrolle nicht nach - und dafür gibt es nicht nur in der Kaisergeschichte, sondern auch in der Person Mao Zedongs treffende Belege - so gab es letztlich überhaupt keine Kontrolle, es sei denn die große Revolution, sozusagen den "Generalstreik auf chinesisch".

Die Ereignisse der letzten dreieinhalb Jahrzehnte, angefangen vom ständigen, von der Bevölkerung nicht mitgestalteten, sondern miterlittenen Kurswechsel über den Personenkult bis hin zur Kulturrevolution sind Zeichen dafür, daß auch heute noch eine verhältnismäßig kleine Gruppe mit einer Masse von 1 Milliarde Menschen fast nach Belieben umspringen kann. Immerhin ist es schon ein Fortschritt, daß inzwischen wenigstens die Kampagnen zugunsten gesetzlicher Mittel und Strukturreformen abgeschafft worden sind.

Zu erwarten ist ferner, daß bei den Spitzenführern weniger der Experte als vielmehr der Generalist den Ton angeben wird. Zwar scheint die momentan laufende Modernisierungsbewegung eher dem Fachmann den Vorrang einzuräumen; eine lange chinesische Tradition hat jedoch gezeigt, daß in diesem Tauschen am Ende immer noch das "generalistische" Mandarinat Sieger geblieben ist.

Das Amateurideal hat sich in der chinesischen Geschichte immer wieder gegenüber dem Expertenideal durchgesetzt (51). In Zukunft wird sich die Frage erheben, ob sich dieses "Dilettanten"- und "Generalisten"-Ideal gegenüber den Anforderungen der modernen, soziotechnisch ausgerichteten Gesellschaft durchsetzen kann. Die Beibehaltung einer kommunistischen Partei, die mehr auf Homogenität denn auf Spezialistentum achtet, dürfte aber am Ende doch eine Gewähr dafür sein, daß sich die "generalistische" Tradition des Mandarinats auch in das Zeitalter der Moderni-

sierung herüberrettet.

Auch die Tradition des Verbalismus, d.h. die Weiterverwendung von Wortritualen und Termini, die von der Sache her ihres Sinns längst verlustig gegangen sind, wird weiterbestehen. U.a. wird deshalb die "Sozialismus"-Formel nicht so schnell von der Bildfläche verschwinden. Die Kluft zwischen Wort und Wirklichkeit ist freilich eine altehrwürdige "chinesische Spezialität", die vom Durchschnittsbürger ohne Wimpernzucken hingenommen wird.

4.3.2.10.

Demokratie oder Demokratur?

Demokratie in den Grundeinheiten ist dem chinesischen Denken zur zweiten Natur geworden. Im Trans-Danwei-Bereich andererseits bestehen hohe Hürden für demokratische Prozesse. Hier ist die Bürokratie zu Hause!

Wichtig für die "Demokratisierung" des Trans-Danwei-Bereiches wäre die Zulassung einer Opposition, durch die die Führung kontrolliert und Alternativlösungen eingebracht werden könnten. Opposition aber hat es in China immer nur innerhalb der Elite gegeben, und auch hier konnte sie nur mit informellen Mitteln der Fraktionenbildung, der Intrigen und des "Schattenschießens" laborieren. Opposition ist und bleibt (sowohl in der Volksrepublik als auch in Taiwan) eine innerbürokratische Angelegenheit. Demokratisierungsprozesse sind hier auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Daß es so schwierig ist, demokratische Vorstellungen durchzusetzen, hängt damit zusammen, daß es in China nie eine "antifeudalistische" Bewegung zur "ideologischen Befreiung", wie etwa die Renaissance oder Aufklärung im Westen, gegeben hat, daß es also mit anderen Worten nie zur Herausbildung einer soliden demokratischen Tradition gekommen ist.

Demokratiefeindlich wirkt auch der nach wie vor bestehende Hang zum Dogma.

"Rottet die Irrlehren aus und achtet die orthodoxe Lehre!". Dieser berühmte Satz aus dem kaiserlichen Edikt von 1671 hat auch heute nichts an Aktualität eingebüßt, trotz aller Aufforderungen, "hundert Blumen blühen zu lassen"; dürfen sich diese Blumen doch nur innerhalb des erlaubten Rahmens entfalten. Wer sich darüber hinauswagt, kommt leicht in Gefahr, wegen "geistiger Verschmutzung" als Dissident verurteilt zu werden (52). Bekanntlich wurde noch im Oktober 1983 eine Kampagne gegen "geistige Verschmutzung" in die

Wege geleitet, die nach vielem Hin und Her und erst nach einer langen Debatte über die Schädlichkeit von "Kampagnen" wieder abgeblasen werden konnte.

Wegen dieser Großen Mauer der Orthodoxie, die quer durch das Gelände möglicher Pluralismen verläuft, gibt es auch dauernde Schwierigkeiten mit den intellektuellen, und zwar sowohl hier (Volksrepublik) als auch dort (Taiwan). In den ersten Jahren wurden sie von der KP als eigene Klasse behandelt (sie galten nun ausgerechnet als Bestandteil der "Kleinbourgeoisie!"), inzwischen werden sie zur Arbeiterklasse gerechnet; gebeutelt freilich sind sie allemale, wenngleich es ihnen nicht mehr so schlimm ergeht wie während der Kulturrevolution, wo sie als "stinkende Nr.9" an den Pranger gestellt wurden. Die intellektuellen werden auch in Zukunft nur in dem Maße sorgenfrei leben können, als sie ihre Anliegen mit denen der Parteiführung identifizieren können.

Die Rückkehr der Demokratie wird vom Chefkomentator der Renmin Ribao, Fan Rongkang (53), mit den Worten begründet: "Chinas Demokratie findet nicht an einer Mauer statt. Sie existiert in den Tausenden von chinesischen Dörfern, in denen die Bauern früher anbauen mußten, was der Brigadeführer vorschrieb, während sie jetzt selbst darüber entscheiden dürfen." Was hier angesprochen ist, ist in der Tat ein Stück Realität, aber eben nur Danwei- nicht dagegen Trans-Danwei-Demokratie!

Dies alles gilt, wie gesagt, für den Trans-Danwei-Bereich. Innerhalb der Danweis andererseits werden Danwei-Demokratie, -Sozialismus, -Sozialpolitik und -Partizipation weitergehen, ja vermutlich noch zunehmen.

4.3.2.11.

Sozialpolitik

Im Hinblick auf die Sozialpolitik hatte Sun Yixian in seiner "Grundlehre vom Volkswohlstand" (minsheng zhuyi) die Grundbedürfnisse des Volkes in den Mittelpunkt gestellt und Bedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnung und Infrastruktur ganz konkret zum Thema erhoben. Es ging auch ihm um die Durchführung der Modernisierung (Infrastruktur, Planung moderner Städte, Umsiedlung etc. spielen in seinen Schriften eine große Rolle) und um einen gehobenen Lebensstandard der Bevölkerung.

Beim Durchlesen der Sun'schen Vorstellungen fühlt man sich immer wieder an das Programm der "Vier Modernisierungen" erinnert; auch hier also zunehmende Ähnlichkeit

ten, wobei sich die Volksrepublik "in Richtung Taiwan" bewegt - nicht etwa umgekehrt. Es ist bei der Volksrepublik ferner zu erwarten, daß sich sowohl im Lohn- als auch im Arbeitsmarktbereich auf lange Sicht zwei getrennte Sektoren, ein öffentlicher und ein "privater", entwickeln und daß im innerbetrieblichen Bereich die Gesichtspunkte der "Harmonie" eine immer wichtigere Rolle spielen; mit "Harmonie" sind nicht nur dichte Kommunikationsnetze und "gutes Betriebsklima" (im Gegensatz zu "perfekten Organisationsmustern") gemeint, sondern auch das De-facto-Verbot von Streiks und die "Zähmung" der Gewerkschaften.

Ein gewisser Unterschied zwischen Volksrepublik und Taiwan wird sich aber möglicherweise daraus ergeben, daß in der VR China die (an Personen orientierte) Danwei-Sozialpolitik noch lange vorherrschen wird, während in dem viel kleineren und überschaubareren Taiwan Formen der anonymen Sozialversicherung bereits um sich zu greifen beginnen.

Besonders wichtig im Rahmen der Sozialpolitik ist das Bemühen um einen Stadt-Land-Ausgleich.

China wird auch in Zukunft versuchen, seiner dörflichen Tradition treu zu bleiben. Es ist der Volksrepublik, wie bereits erwähnt, gelungen, die Stadtbevölkerung bei etwa einem Fünftel der Einwohner-schaft zu halten. Auch in Zukunft soll Landflucht größeren Stils unterbunden werden. Die Formel dafür lautet: "Den Acker verlassen, aber nicht das Dorf, in die Fabriken gehen, aber nicht in die Städte". Voraussetzung dafür ist, daß man die Dörfer attraktiver macht, indem man dort nicht nur für die Entstehung neuer lohnender Arbeitsplätze, sondern auch für mehr Lebensqualität sorgt.

Durch das "Verantwortlichkeitssystem" ist die Politik der Angleichung zwischen Stadt und Land ein weiteres Stück vorangekommen. Wenn 1978 ein Bauer 1 Yuan verdiente, erhielt ein städtischer Arbeiter 2,37 Yuan. Ende 1984 dagegen lag der Einkommensunterschied nur noch bei 1 zu 1,73 Yuan. Schon heute sind einzelne der auf dem Land neuentstandenen Kleinindustriunternehmen in der Lage, Arbeiter aus den Städten anzuwerben. Damit diese Politik nicht auf wenige Dörfer beschränkt bleibt, bemühen sich die Reformer weiter um ihre "Vom-Bauer-zum-Manager"-Politik (54).

Auf den Dörfern wird vermutlich noch lange Zeit jenes Phänomen fortbestehen, das manchmal als

"Dorfkonfuzianismus" bezeichnet wird - in erster Linie die "Kindekspietät", die im alten China als Eckstein des gesamten Sozialverhaltens galt und nach deren Gesetzlichkeit der Sohn dem Vater, der jüngere Bruder dem älteren Bruder, die Frau dem Mann usw. zu gehorchen hat. Daneben bestehen auch jene Eigenschaften noch fort, die Mao immer als Hindernisse für jede Modernisierung betrachtet hatte, nämlich Fatalismus, Passivität, Konfliktvermeidung zugunsten der "Harmonie", nicht zuletzt auch Praktiken des sogenannten "feudalistischen Aberglaubens", wie z.B. die Praktizierung von Fengshui (Geomantik), Wahrsagerei anhand von Schriftproben oder physiognomischen Zügen, Befragung von Horoskopen, Wahrsagerei, Verbrennen von "Göttergeld", Verehrung des "neunköpfigen Drachen" und dergleichen mehr; auch "feudalistische Praktiken" wie die Bevorzugung von Söhnen, die Diskriminierung, ja Tötung von Mädchen, das "Schielen" nach reichen Bräuten und die Veranstaltung von schuldenschweren Hochzeitsfeiern - all dieses von der kommunistischen Propaganda so häufig kritisierte und trotzdem beibehaltene Brauchtum wird auch im Dorf der Zukunft noch lange Zeit nachwirken.

4.3.2.12.

China als "pädagogische Provinz"

Im Überbaubereich wird China auch in Zukunft das sein, was es immer schon war, nämlich eine pädagogische Provinz, in der die Prämisse herrscht, daß der Mensch Produkt der Erziehung ist; "Lernen, lernen und nochmals lernen" - dieses Wort Lenins paßt auf China nicht etwa deshalb, weil dort eine leninistische Tradition Fuß gefaßt hätte, sondern weil dieses Postulat den Chinesen immer schon selbstverständlich war.

Anmerkungen:

- 1) In Hennicke, P. (Hrsg.), "Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften", Frankfurt 1973, S.15-27.
- 2) Beschreibung dazu bei Jan Osers, "Sozialistische Wirtschaftsmodelle", Frankfurt/New York 1980.
- 3) Griffith Dan, "What is Socialism", London 1964.
- 4) Z.B. BRu 1985, Nr.16, S.7 f.
- 5) Nachweis in C.a., Januar 1983, S.31 f.
- 6) Ebenda, S.31.
- 7) Weitere Einzelheiten in C.a., Januar 1983, S.33 f.
- 8) Ebenda, S.37.
- 9) Näheres ebenda, S.33.
- 10) RMRB, 7. und 8.12.84.
- 11) "Viel Lärm um (fast) nichts - ein undogmatischer Kommentar über den Marxismus... in China", C.a., Dezember 1984, S.722-725.

- 12) BRu 1985, Nr.16, S.28.
- 13) BRu 1984, Nr.28, S.8.
- 14) BRu 1985, Nr.16, S.7 f.
- 15) RMRB, 9.3.85.
- 16) BRu 1985, Nr.16, S.28.
- 17) C.a., März 1985, Ü 14.
- 18) Zur Kritik des "Etatismus" vgl. Wlodzimierz Brus, "Sozialisierung und politisches System", edition suhrkamp, Nr.801, Frankfurt 1975, vor allem S.40 ff.
- 19) So BRu 1985, Nr.16, S.28.
- 20) Dazu Andrew Watson, "New Structures in the Organization of Chinese Agriculture. A Variable Model, Pacific Affairs", vol.57, no.4, Winter 1984/85, S.621-645, 635 ff.
- 21) Watson, a.a.O., S.643.
- 22) Dazu Wu Jiang, zit. bei Stuart R.Schram, "Die permanente Revolution in China", Frankfurt 1966, S.134.
- 23) Enrica Collotti Pischel, zit. ebenda, S.81.
- 24) Vgl. z.B. Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Bd.1, Peking 1968, S.9 ff.
- 25) Nachweise dazu mit den entsprechenden Termini in Oskar Weggel, "Der ideologische Konflikt zwischen Moskau und Peking", aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 11.7.70, S.18.
- 26) C.a., März 1985, Ü 10.
- 27) RMRB, 4.12.81.
- 28) BRu 1981, Nr.42, S.29.
- 29) CR, August 1985, S.43.
- 30) Robert Jay Lifton, "Die Unsterblichkeit des Revolutionärs", München 1970, S.50.
- 31) BRu 1981, Nr.42, S.28 f.
- 32) Dazu Oskar Weggel, "Die Kampagne ist tot, es lebe die Strukturreform - Eine weitere Kehrtwendung im nachmaoistischen China", C.a., Januar 1984, S.24-30.
- 33) Die ausführliche Tabelle ist abgedruckt bei Stanley Rosen, "Prosperity, Privatization, and China's Youth" in Problems of Communism, March/April 1985, S.1-28 (26).
- 34) Tabelle abgedruckt ebenda, S.27.
- 35) P.L. Liu, "Opinions and Attitudes of Youth in the People's Republic of China", Asian Survey, September 1984, S.975 ff.
- 36) Ebenda, S.27, mit Nachweisen.
- 37) Ebenda, S.25.
- 38) Näheres dazu Oskar Weggel, "China zwischen Revolution und Etikette, Eine Landeskunde", München 1981, S.287 ff.
- 39) Zu diesen Termini vgl. Nakamura Hajime, "Ways of Thinking of Eastern Peoples", University Press of Hawaii 1978, S.284-294.
- 40) Ebenda, S.177-294.
- 41) Interview, Der Spiegel, 1985, Nr.17, S.124.
- 42) "Chinesische Sozialwissen-
- schaften", Ausgabe 1984, Nr.5.
- 43) Zu diesen Kategorisierungen vgl. Oskar Weggel, "China zwischen Revolution und Etikette", a.a.O., S.143 ff., 188.
- 44) Dazu mit Nachweisen Sai Chang, "Von der traditionellen Gesellschaft zum Take-off: Die Wirtschaftsentwicklung Taiwans", Saarbrücken 1984, S.127 ff.
- 45) Ebenda, S.163.
- 46) Einzelheiten dazu Erhard Louven, "Chinesische Wirtschaftsterminologie: Definitionen und Kompatibilitätsprobleme. Teil V", in C.a., September 1984, S.523-528.
- 47) Näheres ebenda, S.523.
- 48) Einzelheiten dazu Oskar Weggel, "Das chinesische Außenhandelssystem im Umbruch", C.a., März 1985, S.159-183, 178 ff.
- 49) Im einzelnen dazu Oskar Weggel, "Chinesische Rechtsgeschichte", Leiden/Köln 1980, S.173 ff.
- 50) Ebenda, S.24 ff.
- 51) Zu diesem Aspekt Joseph R.Levenson, "The Amateur Ideal in Ming- and Early Ch'ing-Society: Evidence from Painting" in John R.Fairbanks (ed.), Chinese Thought and Institutions, Chicago 1957, S.320 ff.
- 52) In diesem Sinne z.B. RMRB, 30.11.83.
- 53) Der Spiegel, 1985, Nr.17, S.127.
- 54) BRu 1985, Nr.19, S.23-26.

*
*
*
*
*
*
*

OSKAR WEGGEL

Das Erbgesetz: Ein weiteres Dokument der Enterbung des Maoismus

*
*
* * * * *

Gliederung

1. Das Erbrecht im Tauziehen zwischen "geistigen" und materiellen Werten
2. Deutsch-rechtliche und typisch chinesische Elemente
3. Gliederung des Gesetzes; Geltungsbereich
4. Die sechs Zielrichtungen
 - 4.1. Eigentumsschutz: Grundvoraussetzung für privates Unternehmertum
 - 4.2. Schutz der Gleichberechtigung: Das Erbgesetz - teilweise ein Frauen-gesetz
 - 4.3. Soziale Zielsetzungen des Erbgesetzes: Überreste der chinesischen Tradition
 - 4.4. "Harmonie" statt Erbstreitigkeiten
 - 4.5. Schutz der wirtschaftlichen Erbsubstanz
 - 4.6. Danwei-Bezogenheit
5. Gewillkürte Erbfolge

1.
Das Erbrecht im Tauziehen zwischen "geistigen" und materiellen Werten
Am 1. Oktober 1985 tritt das chinesische Erbgesetz in Kraft. Es wurde bei der 3. Sitzung des VI. NVK am 10. April 1985 verabschiedet und umfaßt insgesamt 37 Paragraphen.

Die neue Regelung ist Teil eines umfangreichen zivilrechtlichen Pakets, an dem seit 1979 gearbeitet wird. Ursprünglich sollte das Erbgesetz integrierender Bestandteil des chinesischen Zivilgesetzbuches werden, von dem bereits im November 1983 vier verschiedene Entwürfe vorlagen, dessen Verabschiedung einstweilen aber immer noch auf sich warten läßt. Da man den Prozeß aber nicht ewig in die Länge ziehen wollte, hat sich der Gesetzgeber entschlossen, einige Bereiche bereits im Wege vorgezogener Sondergesetze zu regeln, zu denen u.a. das Vertragsgesetz von